

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Auslieferung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

## Ein feiner Plan.

Das Parlament steht den tschechischen Machthabern im Wege. Das scheint mit Rücksicht auf seine Entrechtung ungläubig, aber doch ist es so. Wohl ist das Parlament durch die von den Mehrheitsparteien praktizierten Methoden längst zu einer Scheininstitution herabgedrückt worden, wohl verhindern die drakonischen Bestimmungen der Geschäftsordnung die oppositionellen Parteien an jeder Bewegungsfreiheit, machen ihre Gegenwehr gegen noch so arge Gewaltgesetze unmöglich und rauben ihnen die Möglichkeit, auf den Inhalt der Gesetze Einfluß zu nehmen, aber auch der jetzige trostlose Zustand der Demokratie dünkt den Regierenden noch immer ein solches Uebermaß an Freiheit zu bedeuten, daß sie darauf ausgehen, ihn noch mehr zu reduzieren. Wenn es richtig ist, was ein deutsch-bürgerliches Blatt — bisher unwidersprochen — nun schon zum zweitenmale zu melden weiß, dann wird dem Parlament bald der letzte Lebensatem genommen sein.

Was — wie das „Prager Tagblatt“ zu berichten weiß — vorbereitet wird, das soll eine „Vereinfachung des parlamentarischen Betriebes“ sein. Es soll ein aus 24 Mitgliedern bestehender, zu gleichen Teilen vom Abgeordnetenhause und Senat zusammengesetzter Ausschuß gewählt werden, der die hauptsächlichsten Funktionen des Parlamentes übernehmen soll, sodaß den beiden Kammern nichts übrig bleibe, als die formelle Gutheißung der vorgelegenen und vorher durchgearbeiteten Gesetze. Alle größeren, wichtigen und dringlichen Vorlagen sollen vor diesen Ausschuß gelangen, der sie durchzuberaten hat, während in den beiden Kammern nur mehr eine allgemeine Debatte darüber zugelassen werden soll. Wollen die Abgeordneten und Senatoren eine Ergänzung oder Abänderung des Entwurfes herbeiführen, so können sie ihre Abänderungsanträge schriftlich durch das Präsidium der betreffenden Kammer einbringen, im Abgeordnetenhause oder Senate selbst dürfen keinerlei Ergänzungen oder Abänderungsanträge mehr gestellt werden. Im äußersten Falle können sie eventuell noch sprachliche oder Druckfehler richtigstellen, sonst haben die Kammern den Entwurf so wie er durch den Beschluß des Ausschusses ihnen vorgelegt wurde, anzunehmen oder zu verwerfen. Auf dem ersten Blick ist ersichtlich, daß diese „Reform“ nichts anderes bedeuten würde, als die vollständige Ausschaltung des Parlamentes, denn nicht einmal von einer „kontrollierenden“ Tätigkeit könnte dann bei ihm noch gesprochen werden, da es ja auf den Inhalt der Gesetze überhaupt keinen Einfluß mehr hätte und die dort gehaltenen Reden doch wahrlich nicht als Ausübung einer „Kontrolle“ gedeutet werden können.

Das soll nun eine „Vereinfachung“ des parlamentarischen Betriebes darstellen! In der Tat: eine wunderbare Vereinfachung! Der Parlamentarismus würde darnach so „einfach“ sein, daß er überhaupt nicht mehr existieren würde. Er läßt doch an „Einfachheit“ bei uns auch heute nichts mehr zu wünschen übrig: der Präzisionsauschluß bückt die Gesetze und das Parlament muß sie mit Stumpf und Stiel schlucken. Soweit der parlamentarische Mechanismus heute noch „kompliziert“ ist und Schwierigkeiten vorfindet, liegen diese Hemmnisse nicht in ihm, sondern in der Zusammenfassung und in den Streitereien der Koalition. Hierbei sei nicht übersehen, daß das Parlament als Ganzes ein schwerfälliger Apparat ist, und daß naturgemäß jedes Gesetz einer gründlichen Durchberatung in den zuständigen Ausschüssen bedarf, — eine Arbeit, die allerdings infolge der Gewaltmethoden der Mehrheit auch hier verabsäumt wird — aber für diese notwendige Vorberatung und Durcharbeitung der Vorlagen reichen doch die bestehenden Ausschüsse vollständig aus. Es geht eben gar nicht darum, den technischen Betrieb des Parlamentes zu erleichtern, sondern nur um die Durchsetzung der Absicht, das Parlament noch mehr zu entzweien. In keinem Parlamente der Welt ist

## Gegen den französischen Imperialismus!

Rede des Abg. Genossen Dr. Czech

in der gestrigen Sitzung des Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

Abg. Dr. Czech: Meine Herren! Die Darlegungen des Herrn Außenministers sind außerordentlich unbefriedigend. Sie lassen jede klare Stellungnahme der Regierung zum französisch-deutschen Konflikt vermissen, sie schweben sich über die weiteren Absichten der Regierung in der Ruhrfrage aus und sie geben lediglich eine nackte Darstellung des Sachverhaltes. Sie lassen bestenfalls den Schluß auf das weitere Verhalten der Regierung in der Passivität zu, sie erfüllen uns daher mit größter Besorgnis und gestatten nur

### trübe Ausblicke in die Zukunft.

Zu Weihnachten hatte unser Herr Außenminister über die Lage in Europa eigentlich noch verhältnismäßig optimistisch geurteilt. In einem Artikel, den er im „Denk“ veröffentlichte, meinte er, daß zwar die Lage in Deutschland ernst sei, daß wohl finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu gewärtigen seien, daß aber zum Pessimismus keinerlei Anlaß bestehe, daß es auch im Dezember 1921 Nebel und viel Ungewißheit über die Lage gegeben habe, daß wir aber dennoch heute einen weiteren Schritt zur definitiven Konsolidierung Europas gemacht haben. Vierzehn Tage darauf sind die Franzosen und Belgier nach Essen einmarschiert, bald darauf in Dortmund gestanden, und hatten einen 50 Kilometer breiten Streifen rechts des Rheins besetzt. Die Entente war zerrissen und das sogenannte konsolidierte Europa ein großer Brandherd geworden. Auch vorher schon gab es in Europa Konflikte und Zündstoff übergenug. Ich erwähne nur ganz flüchtig das griechisch-türkische Gemischel, die polnisch-russischen und russisch-rumänischen Spannungen, die chronischen italienisch-südflavischen Reizungen, ich vermerke den ungarischen Degenkessel, eingeschneit in die jederzeit marschbereite kleine Entente, ich erwähne den Memelkonflikt und die Tatsache, daß in der Nähe von Suwalki drei polnische Divisionen marschbereit stehen — jede Tatsache für sich allein schon eine schwere Gefahr für den europäischen Frieden. Doch an der Ruhrkatastrophe gemessen, sind das alles im Einzelnen und zusammen nur Geringfügigkeiten. Als die ersten französischen Soldaten nach Essen gekommen waren, die ersten Tanks und das erste Fliegergeschwader sichtbar wurden, war es um die Ruhe Europas bereits geschehen,

war Deutschland, war Europa und die zivilisierte Welt ins Herz getroffen. Nun marschiert der Wahnsinn.

### Die tschechische Öffentlichkeit

hat vom ersten Augenblick an so getan, als ginge die Tschechoslowakei der ganze Ruhrkonflikt nichts an, sie registrierte die Meldungen, sie stellte allgemeine Betrachtungen an, sie nahm für Frankreich Partei, sie benützte den angenehmen Anlaß, sich an Deutschland tüchtig zu reiben, schließlich zeigte sie sich völlig uninteressiert und nahm das ganze etwa so wie irgend ein Naturschauspiel, wie den Ausbruch des Vesuvs. Sie wollte nicht sehen, daß sich mittlerweile Europa in ein Militärlager verwandelt hat, daß die schwersten kriegerischen Verwicklungen bevorstehen, daß die Weltwirtschaftskrise eine größere Verschärfung erfahren hat, daß aus allen Teilen Europas, auch aus unserem Lande, gesteigerte Arbeitslosigkeit, weit ausgreifende Teuerung und Verelendung gemeldet werde, daß die nationalstiftische Hege immer größere Dimensionen angenommen habe und die Reaktion sich wieder einmal kräftig an die Oberfläche wagt. Sie überließ es völlig, daß sie von Tag zu Tag immer mehr erstarrte und die Errungenschaften der Revolution, die Einrichtungen der Demokratie zu bedrohen begann, und nun an den Lebensnerv Europas griff. Die tschechische offizielle Öffentlichkeit wollte nicht sehen, daß nicht nur die deutsche und französische Kultur bedroht sei, sondern auch die europäische Kultur, daß das Ruhrabenteuer nicht nur dem deutschen und französischen Volk an den Leib geht, sondern auch das wirtschaftliche, politische und soziale Lebensniveau ganz Europas in den Abgrund zu ziehen droht, und daß wir in hohem Grade

### durch das Ruhrabenteuer mitbetroffen

sind. Daraus erwächst für uns die Pflicht, die Lage im Ruhrgebiet zu prüfen. Gestatten Sie mir da vor allem festzustellen, daß sich die große Mehrheit des deutschen Volkes vom ersten Augenblick an auf den Standpunkt der Erfüllungspolitik gestellt hat, obwohl die wahren Schuldigen im anderen, im nationalstiftischen, imperialistischen und kapitalistischen Lager stehen. Vom ersten Augenblick an hat die Mehrheit des deutschen Volkes die schwersten Opfer willig auf sich genommen. Sie hat jede Katastrophenspolitik, den Standpunkt

es den Abgeordneten verweigert, auch im Meinungs- und Ergänzungsanträge zu stellen. Der feine Plan, den die Mehrheit ausgedacht hat, möchte diese Möglichkeit aus der Welt schaffen, möchte den vielen tschechoslowakischen Kuriositäten eine neue hinzufügen, um damit ein für allemal der Notwendigkeit zu entgehen, bei gewissen Anträgen die Abstimmung im vollen Lichte der Öffentlichkeit zu vollziehen.

Die tschechischen Koalitionsparteien haben sich am Parlament, seitdem es besteht, schwer versündigt. Ihr Demokratismus hielt nur solange vor, als sich das tschechische Volk im Kampfe gegen die Vorherrschaft des deutschen Bürgertums und den österreichischen Zentralismus befand. Seitdem diese Vorherrschaft das tschechische Bürgertum unter wertvoller Mithilfe der tschechischen Sozialdemokraten ausübt, haben die Koalitionsparteien die Demokratie immer mehr zur leeren Form gemacht, haben alle Laster des österreichischen Regierungsabsolutismus übernommen und üben sie noch zehnfach bedenkenloser aus, als dies ihre österreichischen Vorbilder zu tun vermochten. Ihre eigene Sorge läuft auf die Beschäftigung ihrer teuren Bundesbrüderschaft aus, die sie, da sie auf schwachen Füßen steht, vor allen Stürmen bewahren müssen. Die tschechischen Sozialdemokraten haben in der Koalition recht unangenehme Bettgenossen, denen es gar nicht einfällt, ihre reaktionären Bestinteressen zum Wohle der Koalition aufzugeben, und da diese so gar nicht bereit sind, ihre Selbstsucht auf dem Altare der allnationalen Einigkeit zu opfern, so opfern eben die tschechischen Sozialdemokraten ihre sozialistischen Grundsätze, um

der Reparationsverweigerung mit Entschiedenheit zurückgewiesen und sich auf den Boden der Wiedergutmachung der Schäden gestellt, soweit eben die Möglichkeit besteht und dies mit der deutschen Kultur, dem Volkswohl und der Produktionsentwicklung in Deutschland vereinbar sei. Vor allem aber war es die sozialistische Arbeiterkraft Deutschlands, die sich von der ersten Stunde an auf diesen Standpunkt gestellt hat, ihn mit aller Wucht und Energie vertrat, für ihn die Verantwortung übernommen und ihm auch schließlich zum Durchbruch verholfen hat. Das übertrifft die tschechische offizielle Öffentlichkeit völlig. Die tschechische Presse hat sich im Gegenteil auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland die Vertrags Erfüllung ablehne, und ein tschechisches Koalitionsblatt erzählt — ich zitiere wörtlich — daß die Okkupation des Ruhrgebietes nur ein „Mittel der Verzweiflung Frankreichs“ gewesen sei, da alle bisherigen maßvollen Mittel, von Deutschland zumindest ein Minimum der Verpflichtungen eingelöst zu erhalten, verfehlt haben. Diese Aufsehung enthält eine große Unwahrheit, wie es überhaupt unerhört ist, in welcher gebäufiger Weise gegen Deutschland gehet, gegen Deutschland mit Unwahrheiten operiert, andererseits aber für Frankreich Partei genommen wird.

Nun sei mir gestattet,

### einige Feststellungen

gegenüber den Ziffern zu machen, die der Herr Außenminister uns in seiner Darstellung gegeben hat. Deutschland hat in der Zeit vom 11. November 1918 bis zum 31. Dezember 1922 an Reparationsleistungen 6,9 Milliarden Goldmark geleistet. Es hat im Jahre 1922 an Reparationsleistungen 1,6 Milliarden Goldmark und außerdem 50 Milliarden Papiermark geliefert. Die ganzen Lieferungsrückstände Deutschlands in Rohle betragen nur zwei Millionen Tonnen, in Holz alles in allem 20.000 Kubikmeter, an Telegraphenstationen 135.000. Der Gesamtwert der Minderleistungen beziffert sich auf 24 Millionen Goldmark, was gegenüber den gesamten Sachleistungen nur ein Lieferungsrückstand von 15 Prozent bedeutet. Der Entente ist allerdings von all den Leistungen nicht viel geblieben, denn die Besetzung des Rheinlandes allein verurteilte nach den Feststellungen eines französischen Parlamentariers in der letzten Kammerdebatte einen Jahresaufwand von 1,2 Milliarden Goldfranken und sie verurteilte bis Ende 1922 Kosten von 4,5 Milliarden Goldfranken, sodaß von den Reparationsleistungen Deutschlands — in runden Ziffern gesprochen — von sieben Milliarden Goldmark nur nahezu zweieinhalb Milliarden übriggeblieben sind und diese zweieinhalb Milliarden wurden von den Militärbudgets Frankreichs und Belgiens verschlungen. Der Herr Außenminister hat auf

### die Lage Frankreichs

hingewiesen und mit ein paar Worten auf das trostlose französische Budget verwiesen. Es ist richtig, daß das französische Budget im letzten Jahre einen Abgang von 25 Milliarden Goldfranken zeigte, doch trägt die Schuld an diesem Defizit vor allem der Imperialismus der französischen Machthaber und der ungeheure Aufwand Frankreichs für den Militarismus. Bezüglich der Lieferungsrückstände Deutschlands möchte ich dabei noch in aller Kürze feststellen, daß sie durch die verzweifelte Lage der Holz- und Kohlenwirtschaft Deutschlands, durch den Verlust wichtiger Gebiete — Ostschlesien und die Rheinlande — und durch den Zusammenbruch der deutschen Mark und der Volkswirtschaft Deutschlands herbeigeführt wurde. Die finanzielle Deroute Frankreichs gebe ich zu, ich verweise aber darauf, daß die deutschen Sozialdemokraten von allem Anfang an auf dem Standpunkt des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete gestanden sind. Nach dem Gesagten kann also der Ruhrmarsch nach der moralischen Seite nicht standhalten. — Auch

### vom rechtlichen Standpunkt

erweist sich der Einmarsch als ein Rechtsbruch. Nach dem Sonderabkommen vom 31. März 1921 war Deutschland berechtigt, seinem Lieferungspartner im Falle des Lieferungsverzuges Barzahlungen statt der Sachleistungen zu geben. Nach dem § 18 der Beilage 2 VIII. Teil des Friedensvertrages stand das Recht zu Zwangsmahnahmen

# Der Vertragsentwurf mit der Türkei.

### Für die Türken „unannehmbar.“

Sanjane, 29. Jänner. (Tsch. P.) Die Führer der Delegationen der einladenden Mächte erreichten heute den anderen Abordnungen und der türkischen Delegation den Friedensvertragsentwurf. Der russischen Abordnung wurde aus dem Entwurf nur der Passus über die Meerengenfrage übermittelt. Der eigentliche Friedensvertrag setzt sich aus 5 Teilen zusammen und behandelt: 1. Politische Bestimmungen (territoriale Bestimmungen; Nationalitäten; Minderheitenrecht); 2. Finanzielle Bestimmungen (öffentliche atomonische Schuld; Reparationen); 3. Wirtschaftliche Bestimmungen (Eigentum, Recht und Interessen; Kontraste und Vorteile; Konfessionen; private Schulden; industrielles, literarisches und künstlerisches Eigentum; Gemischte Schiedsgerichtsbarkeit; die früheren Verträge); 4. Verkehrswege und Häfen; 5. Kriegsgefangene. Die Schlussakte stellt zu den territorialen Klauseln fest, daß die Grenze zwischen der Türkei und Bulgarien wie im Friedensvertrage von Neuilly festgesetzt bleibe u. zw. mit einer entmilitarisierten Zone zwischen beiden Staaten. Zwischen Griechenland und der Türkei bleibt die im Waffenstillstand von Mudania festgesetzte Grenze die Marika

mit einer entmilitarisierten Zone zu zu beiden Seiten des Stromes. Die Grenze zwischen Syrien und der Türkei bleibt unverändert, aber die Grenze zwischen der Türkei und Irak soll der Völkerbundsrat festsetzen. Die Inseln Lemnos, Samothrake, Mytilene, Chios, Samos und Karia kommen aufgrund des Londoner Beschlusses vom 19. Jänner 1919 an Griechenland. Der Dodekanes wird der italienischen Souveränität unterstellt. Die griechischen Inseln an der kleinasiatischen Küste werden entmilitarisiert; Imbros und Tenedos werden der Türkei zuerkannt, allerdings mit Verwaltungsaautonomie. Die Türkei verzichtet auf ihre Rechte in Ägypten und im Sudan und erkennt die vollständige Unabhängigkeit sowie alle aus dem Weltkrieg hervorgegangenen Friedensverträge an.

In türkischen Kreisen wurde heute abends nach erster Kenntnisnahme des Vertragsentwurfes bestenfalls eine ablehnende Haltung beobachtet. In griechischen Kreisen erhebt man besonders Einspruch gegen die Forderung, dem Imbros und Tenedos an die Türken.

### Leider verschärft sich die Lage im Ruhrgebiet

von Tag zu Tag mehr. Sie erinnern in ihren Erscheinungen der Spannungen, die die ganze zivilisierte Welt ergriffen hat, lebhaft an die Augusttage des Jahres 1914. Weideseits Schützengräben. Allerdings steht dem schwerbewaffneten Frankreich ein wehrloses Deutschland gegenüber. Frankreich sieht sich heute schon in seinen Erwartungen arg getäuscht. Es glaubte, die Ruhr-Expedition wie einen Spaziergang machen zu können, wie seinerzeit seinen Einmarsch in das Rheinland. Frankreich hat dabei mit den wirtschaftlichen und Verkehrserschwerungen nicht gerechnet, es glaubte die Staatsgruben und deren Erträge einfach beschlagnahmen zu können. Da stieß es auf den Widerstand der Arbeiter, Verhaftungen und Aburteilungen konnten ihn nicht brechen. Frankreich hoffte durch den Zugriff auf die Gruben sich die Reparationsrückstände sichern zu können, aber in Wirklichkeit hat sich heute schon die Kohlenproduktion um 30 bis 40 Prozent gemindert. Frankreich hat bis heute lediglich 96.000 Tonnen Kohle heimgeführt, und das nicht aus der neuen Produktion, sondern aus alten Lagerbeständen. Frankreich hatte früher seine zwölf Millionen Tonnen Kohle glatt bekommen und wird heute kaum noch einen geringen Bruchteil davon zu retten in der Lage sein. Und da nicht alles nach dem Wunsch Frankreichs abläuft, so versucht es durch gesteigerte Gewalttätigkeit zum Ziele zu gelangen. Deutschland soll durch Aufrichtung einer Zolllinie zerstört und auf Jahrzehnte hinaus in seiner Entwicklung zurückgeschleudert werden. Dem Ruhrgebiet wird eine neue Währung aufzwingen, auf diesem Wege wird die Lösung des Rhein- und Ruhrlandes vom Deutschen Reich und die Stellung dieser Gebiete unter französisches Protektorat angestrebt. Und die Nationalisten in beiden Lagern triumphieren, denn für sie ist das, was heute in Deutschland geschieht, Wasser auf ihre Mühlen. So wagt der Kampf unentschieden hin und her. Dadurch wird die Lage immer mehr verschärft und die Verständigungsmöglichkeiten werden immer geringer. Das gilt besonders für Frankreich, welches auf die Ruhrmission sein ganzes Prestige eingestellt hat.

Demgegenüber wünscht das sozialistische und demokratische Deutschland auch heute noch in seiner großen Mehrheit eine Verständigung. Der Sprecher der deutschen sozialistischen Partei erklärte vorgestern im deutschen Reichstag:

„Wir halten an dem richtig angestellten Begriff der Erfüllungspolitik fest. Diesen Entschluß wird auch der französische Vertragsbruch nicht beeinträchtigen. Ueber Gewalt und Abergewalt stellen wir das Recht. Wir lehnen den Zusammenstoß mit jenen ab, die aus dem französischen Vertragsbruch unsere Freiheit von jeder Bindung ableiten wollen. Man hüte sich, in die Propagandafehler der Kriegszeit zu verfallen, man unterscheidet zwischen dem heutigen offiziellen anexionistischen Frankreich und den abhängigen Rüstlingen der zerstörten Gebiete.“

Jah habe diese Darlegung des Reichstagsabgeordneten Weis wiedergegeben, weil fast die Gesamtheit der tschechischen Presse diese Worte in ihrer Verdächtigungsunterdrückung hat und weil die Unterdrückung geeignet ist, ganz falsche Vorstellungen darüber zu erwecken, wie das sozialistische Deutschland über die Reparationsfrage denkt und wie es sich zur Ruhrfrage stellt. In Frankreich heißt die „Action française“, die Beauftragte der französischen Schwerindustrie, die Regierung zu immer weiteren Gewalttätigkeiten auf. Diesen Kriegstreibern steht aber ein durch jahrelange Spaltung in seinem Widerstande zermürbtes widerstandsloses, aktionsunfähiges Proletariat gegenüber, das seinen Imperialismus nicht in den Arm fallen, der militärischen Invasion nicht halt geben kann.

Die Proletariate der anderen Länder haben sich in mächtigen Kundgebungen gegen die Vorgänge im Ruhrgebiet gewendet und sich in gewaltigen Demonstrationen gegen den französischen Rechtsbruch erhoben. Sie haben den Arbeitern im Ruhrgebiet ihre Sympathien ausge-

drückt und den Willen kundgegeben, mit dem Proletariat anderer Länder dem schwergekränkten Rechte des deutschen Volkes Geltung zu verschaffen. Sie haben den Arbeitern zur Pflicht gemacht, sich gegen den Chauvinismus der eigenen Nation zu wenden, und gleichzeitig den Beschluß gefaßt, durch entsprechende Einwirkung auf die eigenen Regierungen einem weiteren Umsichgreifen der Kriegsgefahr Einhalt zu tun. Das Gleiche zu tun ist auch die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik.

Wir sind der Meinung, daß das Schicksal Europas in diesem Augenblick ausschließlich in den Händen Englands und Amerikas

liegt. Durch ein Eingreifen dieser Mächte könnte Europa noch im letzten Moment vor schwerem Unheil bewahrt werden. Es ist nun die Frage, wie kommen wir zu diesem Eingreifen in dem Augenblick, wo sich England und Amerika die sogenannte „freundschaftliche Neutralität“ zurecht gelegt haben und ruhig zusehen, wie Europa neuerlich verblutet? Die tschechische Sozialdemokratie, sowie ein Teil der tschechischen Presse und ein Teil der sozialistischen internationalen Verbände schlagen einen anderen Weg vor. Er führt

### über den Völkerbund.

Hier aber stoßen sie auf den Widerstand Frankreichs. Der Herr Außenminister hat hier erzählt, das während der Sommertagung des Völkerbundes der französische Vertreter zur Kenntnis gebracht hat, daß Frankreich bereit sei, das Reparationsproblem vor das Forum des Völkerbundes zu bringen und daß diese Ankündigung in Völkerbundskreisen eine außerordentlich freundliche Aufnahme gefunden hat. Und nun meint der Herr Außenminister, daß es jetzt zu spät sei, daß an eine Lösung dieser Frage im Völkerbund nicht gedacht werden könne. Demgegenüber stehen wir auf dem Standpunkt, daß sich seit dem Sommer die Rechtslage absolut nicht geändert hat. Damals bestand zwischen Deutschland und England eine Meinungsverschiedenheit in der Reparationsfrage, auch damals gehörte Deutschland dem Völkerbund nicht an. Warum sollte es also zu spät sein? Der Standpunkt unserer Regierung wird verständlich, wenn man erfährt, daß Poincaré abgewinkt und erklärt hat, daß für den Fall, als ihm eine Entscheidung des Völkerbundes ausdiktieren sollte, Frankreich seine Konsequenzen daraus ziehen würde. Daß Poincaré abgewinkt hat, wird niemanden wundern, der die Gewaltenteilung dieses Staatsmannes kennt. Daß sich aber die Lenker dieses Staates, der durch die Ruhrpolitik in den Wirbel des unermesslichen Chaos gezogen wird, dieser Auffassung anschließen, das wird außerhalb der Tschechoslowakei niemand begreifen! Nach unserer Auffassung kommt es nicht darauf an, ob das Eingreifen des Völkerbundes Herrn Poincaré erwünscht ist oder nicht, ob es seine imperialistischen Kreise stört oder nicht, ob Herr Poincaré abgewinken gerührt oder nicht, sondern darauf, was Rechtens ist. Wenn Poincaré auch warnt, der Völkerbund hat seine Funktion, die ihm auch von Frankreich übertragen wurde, zu erfüllen.

Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, wie wir über den Völkerbund denken, wie wir zu ihm stehen. Für uns ist er eine Schöpfung fegestränkter Diplomaten und Heerführer, die sich zu den anderen Machtmitteln auch noch dieses Machtinstrument zugelegt haben. Der Völkerbund ist kein Bund der Völker. Er trägt nur fälschlich diesen Namen und er ist mit Rücksicht auf die Abschwächung Amerikas und die Nichtzulassung Deutschlands und Russlands einfach ein Torso. Dieser Völkerbund stellen wir den Bund freier Völker und freier Republiken entgegen, aufgebaut auf dem Grundgedanken der Demokratie und dem Selbstbestimmungsrechte der Völker. Nur ein solcher Bund vermag seine Funktionen zu erfüllen, nur er kann eine Atmosphäre des Völkerfriedens und der Solidarität schaffen. Das ist unser Standpunkt.

Die tschechoslowakische Regierung steht jedoch zum Völkerbund ganz anders. Sie hat ihn mit aufgebaut, sie hat sich zu ihm bekannt, sie hat

ihm die Sühnungen gegeben. Im § 11 des Völkerbundesstatuts wird ausdrücklich erklärt, daß jeder Krieg, jede Kriegsandrohung, gleichviel ob dadurch einer der Völkerbundsstaaten unmittelbar bedroht ist, den ganzen Bund angeht und daß dieser zur wirksamen Beseitigung der Gefahr die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen hat. Es wird ferner ausdrücklich gesagt, daß Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, den Völkerbund in freundschaftlicher Weise auf diesen Umstand aufmerksam machen können. Der § 13 sagt, daß, wenn zwischen zwei Völkerbundsmitgliedern, wie England und Frankreich, Streitigkeiten über die Auslegung eines Punktes des Friedensvertrages bezüglich der Reparationsfrage entstehen, das Schiedsgericht darüber zu entscheiden hat. Es ist ganz klar, daß für den Völkerbund in diesen Streitigkeiten die Kompetenz unbedingt gegeben ist!

Der Herr Außenminister sagte in seiner Rede im November 1920 im Parlament, daß es im Plane des Völkerbundes liege, sich mit allen europäischen Problemen, die den Frieden Europas gefährden, zu beschäftigen und er bezeichnete deutlich die zentral-europäischen Fragen als solche, die den Völkerbund in erster Linie angehen. Der Herr Minister sagte weiter, die Tschechoslowakei sei einer der ersten Staaten gewesen, die die Bedeutung des Völkerbundes in vollem Maße gewürdigt haben. „Die Gefahren, sagte der Herr Minister, die uns umgeben, werden zum großen Teil beseitigt werden, wenn das Werk des Völkerbundes gelingt. Nun, wie es gelungen ist, das sehen wir aus der bisherigen Leistung des Völkerbundes. Ich verweise da nur auf Dänisch-Norwegen, auf das Burgenland und auf das Memelgebiet. Wir haben gesehen, daß die Polen, Magyaren und Litauer einfach über die Köpfe der Völkerbundsbesetzung hinweg ins Land eingedrungen sind und den Völkerbundsmitgliedern einfach zur Seite geschoben haben. Auch den griechisch-türkischen Krieg hat der Völkerbund nicht zu verhindern vermocht und ich fürchte sehr, daß Österreich mit dem Völkerbund noch keine klaren Wunder erleben wird. Österreich hat wohl schon einen Völkerbundsmitgliedern erhalten, aber bisher noch keine einzige Völkerbundsmitgliedschaft. Aber trotzdem muß die tschechoslowakische Regierung die Einberufung des Völkerbundes verlangen, Frankreich an seine Vertragspflicht gegenüber dem Völkerbund erinnern, um so im letzten Moment noch die ernste Gefahr abzuwenden. Wenn die Tschechoslowakei diesen Versuch nicht macht, sondern sich einfach dem Diktat Poincarés fügt, dann frage ich, wozu der Völkerbund besteht, wozu aus tschechoslowakischen Staatsmitteln 10 Millionen Mitgliedsbeitrag gezahlt und so und soviel Millionen für die Vertreibung auf den Völkerbundsversammlungen herausgeworfen werden!

Die tschechoslowakische Regierung hat aber auch die Pflicht, ihre bisherige Passivität aufzugeben und bei den bestreuneten Staaten Amerika und England Vorstellungen wegen einer Vermittlung zu erheben. Es mag sein, daß England und Amerika es in diesem Augenblick ablehnen würden, aus eigener Initiative irgendwelche Schritte zu unternehmen. Vielleicht läme ihnen aber eine Anregung aus den Kreisen der kleineren Entente oder der Tschechoslowakei, für die das Ruhrabenteuer schwere Gefahr in sich birgt, gerade gelegen. Wir halten aber nicht bloß Vorstellungen bei England und Amerika, sondern auch bei Frankreich für dringend geboten, das im Ruhrkonflikt seinem Verderben zusteuert. Die rascheste Beseitigung des Ruhrkonflikts ist nicht bloß für Frankreich und für Deutschland, nicht bloß für die französische und deutsche Arbeiterklasse, die wir von dieser Stelle aus in ihrem heroischen Kampfe begrüßen und unserer wärmsten Teilnahme und Solidarität versichern, sondern für die ganze Welt die schwerste Schicksalsfrage.

### Nun möchte ich noch einiges zur ungarischen Frage

sagen. Sie ist eigentlich durch die Antwort der ungarischen Regierung, durch die Erklärung der ungarischen Verbandsämtern, nicht zuletzt durch die offiziellen Erklärungen der Regierung und jetzt durch die Darlegungen des Herrn Außenministers nahezu völlig zum Schweigen gekommen und so weit entzweit, daß alle Kriegsgefahr als beseitigt gelten kann. Ungarn neben Bayern ist der Mittelpunkt der mitteleuropäischen Konterrevolution, es ist der reaktionärste Seuchenherd Europas. Andererseits muß zugestanden werden, daß Ungarn im Friedensvertrag von der Entente arg mißgepielt worden ist und daß es ein Opfer jener Gewaltpolitik ist, die beim Abschließen des Pariser Vertrages Orgien feierte und nun auf der ganzen Linie dem Bankrott entgegengeht. Aus diesem Friedensvertrage schöpfen die Ungarn ihre ewigen Rechttitel für ihren Kampf. Man vergißt aber nur eins, daß es Zeiten gegeben hat, wo man die Ungarn in England und besonders auch in Frankreich und Italien sehr kräftig favorisiert und so in Ungarn den Kampfesgeist förmlich großgezogen hat. Als man damals in Ungarn erklärte, daß sich der Kampf nur gegen den Sozialismus und Bolschewismus richte, ließ man die Magyaren ruhig gewähren. Von dem Recht, Ungarn genau so zu entzweit, wie Deutschland und Österreich, wurde bis auf den heutigen Tag kein Gebrauch gemacht. Ungarn sollte nach dem Friedensvertrag eine Armee von höchstens 35.000 Mann haben. Es hat aber, abgesehen von den Dejas- und Pronahabern, „den Erwachenden Ungarn“ und den Turulverbänden, sowie den Josophistenverbänden, mindestens eine doppelt so große Armee. Zur Zeit des Karpatenfeldzuges erklärte der Außenminister als die wichtigste Aufgabe der großen und kleinen Entente die Entzweitung Ungarns. Es hat sich aber damals keine Hand gerührt. Als aber jetzt die Ungarn förmlich die

Grenze zu beantragen beginnen, da wird auf der ganzen Linie Zeter und Mordio geschrien. So rächt sich schließlich die ganze zwiespältige Politik der Großen und Kleinen Entente an ihr selbst. Trotz alledem sind wir aber davon überzeugt, daß Ungarn eingeschlossen von der wohlaustrusteten Kleinen Entente, nicht imstande ist, einen Krieg zu führen. Es ist darum verständlich, warum die Regierungen und die Koalitionspresse eine Hege gegen Ungarn betreibt und warum nicht dagegen von der Regierung eingeschritten wird. Es wird von Truppenverschiebungen, vom Ueberfliegen der tschechoslowakischen Grenzen, von Zusammenstößen mit großen Banden und von Mobilisierung erzählt. Kürzlich hat sogar der Herr Landesverteidigungsminister erklärt, daß die Einführung der Miliz und der Abbau des stehenden Heeres gerade Ungarn gegenüber nicht möglich sei. Vizepräsident Masofa hat in einer Versammlung erklärt, daß die internationale Lage seit dem Bestande der Republik nicht so kritisch gewesen sei und daß unsere Soldaten demnächst schon werden ausziehen müssen, um den Staat zu verteidigen. Was Wunder, daß die Börse- und Winkelspekulation solche Mitteilungen weidlich ausnützte und

daß bei der Bevölkerung eine geradezu panische Stimmung entsteht aus Angst, daß es zur Mobilisierung und zu einem neuen Kriege kommen könnte! Wir verlangen, daß mit dieser Politik ein Ende gemacht wird, daß die Regierung eine klare Stellung zur ungarischen Frage nimmt und daß der Völkerverbund die langerehnte Ruhe wiedergibt. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheinen uns die Erklärungen des Herrn Außenministers auch in diesem Punkte unzutreffend.

Fortmal stellen wir

**Zwei Anträge.**

Vor allem den Antrag, der Herr Außenminister möge auch im Plenum des Abgeordnetenhauses Bericht über die Lage erstatten und uns die Möglichkeit geben, dann im vollen Hause und im Lichte vollster Öffentlichkeit über die internationale Lage zu sprechen. Ferner einen Antrag: in welchem die Regierung aufgefordert wird, an England und Amerika wegen sofortiger Uebernahme der Vermittlung im französisch-deutschen Konflikt heranzutreten."

# Die außenpolitische Lage.

## Sitzung des Außen-Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

Der Außen-Ausschuss des Abgeordnetenhauses trat gestern um 10 Uhr vormittags unter dem Vorsitz des Abgeordneten Némec zusammen.

### Minister Dr. Benesch

erstattete ein Exposé über die auswärtige Lage. Er besprach zunächst die Ereignisse im Ruhrgebiet und wandte sich dann der Entwicklung des Reparationsproblems zu. Er behandelte den Inhalt der Londoner Abmachungen vom Mai 1921, die Schwierigkeiten, die sich der Durchführung des Londoner Planes entgegenstellten, besprach die Ereignisse auf der Pariser Konferenz undörterte sodann die Frage, warum es zu den Sanktionen kam.

Ueber die Vorgänge in Ungarn sagte der Minister, daß sie in letzter Zeit einen einigermaßen ruhigen Charakter angenommen haben, so daß es zu einer gemeinsamen Intervention der Kleinen und der Großen Entente in Budapest kam. Trotz des Bestrebens, das Verhältnis zu Ungarn so zu regeln, daß es korrekt sei, entstanden von Zeit zu Zeit zwischen Ungarn und seinen Nachbarn Streitigkeiten und Zwischenfälle. Im letzten Jahre gab es eine ganze Anzahl von Grenzverletzungen, Ueberfällen auf Beamte und die Bevölkerung der Grenzgebiete durch mehr oder minder unverantwortliche bewaffnete Banden. Schließlich traf Ungarn gewisse Vorkehrungen militärischer Natur, gegen die wir protestieren müssen. Im ganzen sind die Ereignisse in Ungarn nicht solchen Charakters, daß jetzt irgend ein ernstlicher Konflikt drohen würde, aber eine auch nur teilweise gespannte allgemeine Situation zwingt uns, nach jeder Richtung auf der Wacht zu stehen. Der Minister erwähnt, daß die ungarische Regierung zu schwach sei, verschiedenen Aktionen der einzelnen Organisationen zu begegnen, die Tätigkeit der Banden im Burgenlande ist genügend bekannt und es könnte wohl sein, daß die Regierung auch anderswo etwas ähnliches nicht verhindern könnte. Das bedeutet allerdings nicht, daß von irgend welchen militärischen Vorbereitungen überhaupt die Rede sein könnte. Das sind nur bloße Gerüchte, vielleicht auch absichtlich und tendenziös verbreitet. Daß wir den besten Willen haben, unser Verhältnis zu Ungarn in bester Form zu kleiden, ersieht man aus dem Abschluß des Handelsvertrages im vorigen Jahre und aus anderen Vereinbarungen bezüglich des Verkehrs usw.

Das Verhältnis Sowjetrußlands zu den westeuropäischen Staaten ist in den letzten Monaten gespannter als früher. Wie bekannt, ist in der letzten Zeit die Politik Sowjetrußlands so geführt worden, daß konsequent Versuche gemacht wurden, Handelsbeziehungen einzuleiten, Konzessionen zu erteilen, wirtschaftliche Gesellschaften usw. zu errichten und dadurch eine größere Annäherung an Westeuropa herbeizuführen.

Zum Schlusse präziserte der Minister den Standpunkt der Regierung gegenüber den internationalen Ereignissen. Die internationale Öffentlichkeit hat sich in Angelegenheit der französischen Aktion im Ruhrgebiet in zwei Lager gespalten. Es kann kein Streit darüber sein, daß Frankreich volles Recht darauf hat, das sein vertriebenes Volk rekonstruiert und daß es nicht in finanzielles Verderben gerissen werde. Zu so weitreichenden Maßnahmen, wie es die letzte Aktion Frankreichs und Belgiens ist, greift man nur mit der größten Selbstverleugung, mit Bedauern und in äußerster Not. Der Minister selbst hatte Gelegenheit, in Frankreich zu sehen, wie die entscheidenden Staatsmänner und Parteien selbst ernstlich und ängstlich Beschlüsse fassen. Heute billigt fast ganz Frankreich, Italien und Belgien diese Maßnahmen, England bleibt in wohlwollender Neutralität. Die Linien der tschechoslowakischen Außenpolitik sind in ihrer Gänge bekannt und der Minister habe selbst öfters betont, wie unser Verhältnis zu Frankreich und Deutschland ist. Er werde diese seine Aussprüche nicht wiederholen, sie gelten in vollem Maße sowohl bezüglich des einen, wie des anderen Staates. In den letzten vier Jahren haben wir bereits eine Tradition unserer auswärtigen Politik uns gebildet und sehr präzise unser Verhältnis vor allem zu unseren Nachbarn formuliert, ferner unser Verhältnis zu den Freunden aus der Kleinen Entente und zu Frankreich, unser Verhältnis zu Italien, England und Polen. Wir gehen und werden dieselben Wege gehen, die wir bis jetzt beschritten haben. Mit allen unseren Verbündeten aus der Kriegszeit verbindet uns daselbe Band der Sympathie, der Freundschaft und der Bundesgenossenschaft, wie früher und mit dem Königreich Serbien und Rumänien haben wir noch einen speziellen Bund, mit allen übrigen Nachbarn haben wir feste Vertragsverpflichtungen, und auf diesen Verpflichtungen, durch die Friedensverträge, beharren wir fest.

In der letzten Zeit sprach man über die Gefahr ernstlicher Konflikte. Viel wird in verschiedenen Berichten kombiniert und in den Zeitungen wird auf mögliche Konflikte im Westen, Nordwesten und im Süden von uns hingewiesen. Viele sprechen davon, als ob es zu irgendwelchen großen Konflikten kommen sollte. Ich glaube nicht, sagt der Minister, an einen solchen sofortigen Weltkonflikt und alle diejenigen, welche das bisherige politische Nachkriegssystem umstürzen wollen oder die jetzt auf eine allgemeine Revolution hoffen, werden neuerdings eine Täuschung erleben. Die tschechoslowakische Regierung ist für den Frieden und hält es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für ihre erste Pflicht, in ihrer nächsten Umgebung Ruhe und Frieden zu erhalten, d. h., sie will mit ihren Verbündeten aus der Kleinen Entente alles tun, daß in ganz Mitteleuropa die Ruhe aufrecht erhalten bleibe. Damit werden wir unseren Verbündeten und Europa überhaupt den größten Dienst erweisen. Es ist nicht wahr, daß wir Mobilisierungsvorbereitungen getroffen haben: Wir sind stark genug, uns vorzubereiten, um den schwer erlangten Friedenszustand gegen diejenigen schützen zu können, welche die heutige gespannte Situation mißbrauchen könnten. Trotz aller dieser Schwierigkeiten der internationalen Situation bleiben wir ruhig und in der festen Hoffnung, ohne schwere Erschütterungen in unserer bisherigen Rekonstruktions- und Friedenspolitik fortzuführen zu können und daß wir unser Ziel der Reorganisation eines neuen friedlichen Mitteleuropas erreichen werden.

### Debatte

Als erster Debattierender sprach Abg. Gen. Dr. Czech, dessen Ausführungen unsere Leser an anderer Stelle finden.

Abg. Dr. Kasla (d. dem. Frhb.) sagt u. a.: Minister Dr. Benesch hat sich wohl über das Vorgehen Frankreichs wegen der angeblichen Verfehlungen Deutschlands sehr klar ausgesprochen, hat es aber nicht für notwendig erachtet, sich über die möglichen Vorwürfe anzulassen, die gegenüber Frankreich erhoben werden können. Redner hofft, daß die Tschechoslowakei nicht daran denkt, im Schlepptau Frankreichs zu wandeln.

Abg. Kallina (d. nat.) erhebt den Vorwurf, daß das Exposé des Außenministers weniger das Exposé eines tschechischen Außenministers, sondern mehr der eines französischen Staatsmannes war.

Die Sitzung wird sodann unterbrochen und um 3 Uhr nachmittags wieder aufgenommen.

Zu der Nachmittagsitzung sprach zunächst Abg. Hrusovský (tsch. Nat.-Soz.), der seine Zufriedenheit über die Kundgebung des Dr. Benesch ausdrückt. Die Geschichte der tschechischen Nation zeigt die Notwendigkeit der Verbindung mit Frankreich auf, welches den Hauptverdienst um die Befreiung von der deutschen und magyarischen Herrschaft hat. Redner gibt zu, daß die Friedensverträge in wirtschaftlicher Hinsicht gewisse Mängel aufweisen, aber der ununterbrochene Kampf Deutschlands zielt nicht auf Beseitigung dieser Mängel, sondern auf Ueberwindung der politischen Ordnung in Europa überhaupt hin. Der tschechische Staat kann als Kleinstaat nicht in den französisch-deutschen Konflikt eingreifen und aus diesem Grunde ist es nicht möglich, dem Antrag des Abg. Dr. Czech zuzustimmen.

Abg. Skalal (Kom.) erklärt, daß die letzten Ereignisse allen jenen recht geben, welche den Versailler Friedensvertrag als Quelle der Kriegsgefahr in Europa betrachten. Redner warnt vor einer einseitigen Politik im Schlepptau Frankreichs, weil diese den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht. Er protestiert gegen das in Vorbereitung befindliche Gesez zum Schutze der Republik, das den Beginn der Persekution der Arbeiterbewegung bedeutet. Er fordert zum Schluß den Minister auf, bekanntzugeben, ob ein Kohlenausfuhrverbot nach Deutschland besteht.

Abg. Kramarsch (tsch. Nat.-Dem.) erklärt, daß an der heutigen Situation Deutschlands

vor allem Lloyd George schuld trage, weil er eine Politik machte, die die Reparationsfrage ungelöst ließ, ja sie sogar noch mehr komplizierte, so daß Frankreich gezwungen war, zu den heutigen Vorkehrungen zu schreiten. Wenn die Deutschen damit spekulieren, daß England und Amerika einen Druck auf Frankreich ausüben werden, so täuschen sie sich wie im Jahre 1914, als sie dachten, daß England nicht am Kriege teilnehmen werde. Deutschland hat sich durch seine Politik, die absichtlich auf den Bankrott hinzielte, selbst vernichtet. Schließlich behauptet Redner, Deutschland habe dem Kapital nicht die nötigen Lasten auferlegt, während die Tschechoslowakei dank der Tätigkeit des Dr. Masfina vor dem Kapital nicht stehen geblieben sei. (1)

Abg. Dr. Kasla (d. dem. Frhb.) polemisiert mit einigen Behauptungen Dr. Kramarschs.

### Abg. Genosse Sillebrand

reagiert auf die Ausführungen Dr. Kramarschs und erklärt, daß trotz vieler Versprechungen, die die Westmächte den Nationen gegeben haben, für den Fortschritt und die Demokratie nichts geschah, ja es wurde im Gegenteil der Boden für reaktionäre Strömungen gedüngt. Wir sehen keine Entlohnung, wir sehen keine Konsolidierung oder Neuordnung Europas, wir sehen nur, wie sich immer wieder neue Gegensätze ansammeln, aus denen schwere Konflikte hervorgehen können. Redner konstatiert, daß die deutsche sozialdemokratische Partei schon laenge vorher, als der Krieg entschieden war, sich gegen Okkupationen und Kriegsschädigungen gestellt hat. Die deutsche Sozialdemokratie hätte sicher einen deutschen Gewaltfrieden entschieden abgelehnt. Frankreich geht heute daran, den Rest seiner Kriegsziele zu erfüllen. Der französische Imperialismus bedeutet die Störung des Friedens in Europa. Deutschland hat cheliche Erfüllungspolitik betrieben. Von Seiten Deutschlands ist übermäßig viel geschrien und schier unmögliche Leistungen haben wir bei der Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland auf sich genommen hat. Die Befestigung des Ruhrgebietes macht es Deutschland erst ganz unmöglich, den ihm auferlegten Verpflichtungen nachzukommen. Die Befestigung führt zur Katastrophe Deutschlands, einer Katastrophe, die letzten Endes auch Frankreich mitreißen wird. Gerade Dr. Kramarsch müßte unseren Antrag begrüßen, daß wir die Vermittlung im gegenwärtigen Konflikt übernehmen. Redner ist überzeugt, daß Frankreich selbst, auch wenn es wollte, heute nicht den Rückzug antreten kann, deswegen ist die Vermittlung einer neutralen Macht unentbehrlich. Es wäre ein wirkliches Verdienst, unseren Einfluß geltend zu machen solange es geht. Durch Vermittlung möge eine Brücke der Verständigung gebaut werden und so das ungeheure Unglück abgewendet werden, das nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa bedroht.

Abg. Skalal (Kom.) polemisiert mit Dr. Kramarsch.

Abg. Myslivec (tsch. Kl.) erklärt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes von dem Willen beherbergt sei, die Reparationen nicht zu zahlen.

Abg. Dr. Kramarsch (tsch. Nat.-Dem.) sagt demgegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Sillebrand, daß es nicht in der Absicht Frankreichs gelegen war, alle Folgen, zu denen es nach der Ruhrbesetzung gekommen sei, hervorgerufen zu haben. Die Beschränkung der Kohlenausfuhr nach Deutschland sei durch den deutschen Widerstand verschuldet.

### Minister-Replik.

Außenminister Dr. Benesch stimmt mit den Angaben des Abg. Gen. Dr. Czech überein, der geschildert hatte, wie Deutschland sich bemühte, den Reparationsverpflichtungen zu genügen. Jeder unparteiische Mensch muß dies als Aktivismus jenen deutschen Politikern anrechnen, welche unter so schweren Verhältnissen zuhause die Reparationspolitik verteidigen müssen.

## Bilder aus dem Ruhrgebiet.

Diese Skizzen stammen von einem jungen proletarischen Dichter aus dem neuesten Bergbauerevier. Hier spricht ein Augenzeuge und dennoch Passifist.

Die Franzosen haben das Gebiet rechts und links der Ruhr nun bald vollständig besetzt.

In Dortmund, Herne, Witten, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Duisburg, Hamborn, alles Städte, die nie Kasernen und stationiertes Militär kannten, sind fast alle größeren öffentlichen Gebäude, die meisten Schulen, Gasthöfe und Tausende von Privathäusern von den französischen Soldaten besetzt.

Man hatte also recht, wenn man behauptet, der französische Militarismus habe die gewalttätigen Machtmittel des preussisch-deutschen Militarismus der Kriegs- und Vorkriegszeit noch übertroffen.

Freilich, wie ein siegreicher preussischer Militarismus in der Nachkriegszeit ausgefallen hätte, wissen wir nicht.

Die Franzosen rücken kriegsmäßig ein. Sie stechen wie bei einem militärischen Vormarsch in das Herz, in die Blut- und Wärmepumpe Deutschlands.

Spitze, rechts und links Seitenpatrouillen, Haupttrupp. Erst Kavallerie, dann Radfahrer, Panzerautos, Maschinengewehrabteilungen, die Infanterie, zuletzt unüberschaubare Bagage. Wir Proleten haben herzlich gelacht, als wir

ihre enticherten Gewehre, ihre Handgranaten, sogar die unbergelichen Gasmasken sahen. Natürlich auch Stahlhelme.

Aber die Soldaten sahen menschlicher aus als ihre Waffen. Sie blinnten verlegen beiseite, hatten bedrückte, vergrämte oder zornige Gesichter, marschierten gezwungen. Keiner sang. Man spürte, sie schämten sich dieses Gewaltaktes. Sogar die Offiziere sahen verbissen vor sich hin, gaben ihre Kommandos gezwungen und hochn auf ihren Pferden, als wären sie gewaltsam hinauf-gesetzt worden.

Brutale Gesichter, rohe, gewalttätige, waren natürlich auch dabei. Ueberall gibt es menschliche Tiere, aber man sah sie selten.

Nein, dieser Einmarsch war nicht der Einzug eines siegreichen, hahnersüchtigen Volkes, mehr ein Trauermarsch gequälter, unterdrückter Menschen.

Bahnhöfe, Postämter, das Rathaus, auch jetzt die Banken sind militärisch besetzt. Posten mit aufgeschanzten Seitengewehren geben auf und ab, schnell, hastig, französisches Marschtempo.

In den Straßen sind viele Soldaten. Junge 19- und 20jährige mit blanken, lindlich-neugierigen Gesichtern. Alte mit dicken, unförmigen Schädeln und französischen Schuazgärten.

Sie gehen eilig durch die Menschen, weichen diesen Massen vorsichtig aus, vermeiden alles, um roh und gewalttätig zu erscheinen. Viele Elsfässer sind dabei.

„Kar!“ schreit einer. Der Karl dreht sich erstaunt um.

„Je, Mensch, erkennst Du mich denn nicht? Wir haben doch in Straßburg zusammen gebient und dann in den Vogesen. Je, je, erst 6 Jahre Soldat bei den Preußen und nun schon das dritte Jahr in diesen Lumpen!“

Eigentümliches Wiedersehen. Sie schüttelten sich die Hände.

„Aber Paul, was wollt Ihr denn hier?“ fragt der Karl.

„Was wir wollen? Wir Soldaten wollen auch nichts. Jeder hat es satt. Jeder will heim. Viele sind schon davongelaufen. Die Strafen sind nur so schwer.“

Das sind die ersten Brücken zwischen den Soldaten und der Bevölkerung. Noch mehr anderer Brücken werden geschlagen.

Die Westfalen haben harte Schädle, sehr harte, sie sind aber gut. Erst machten sie nur knurrige Gesichter, als die Besatzung einrückte, jetzt werden sie schon wieder heller.

Nein, diese mit blauen und schwarzen Lappen und mit Waffen umhängten Gestalten sind nicht die triumphierenden, noch immer mit Rachege danken angefüllten Soldaten der „großen Nation“, sie sind arme Menschen, die man in Uniformen zwang — wie früher uns.

Die Kinder haben sich am schnellsten mit den fremden Soldaten angefreundet, sie hatten auch gute Gründe dazu.

Kurz vor dem Einmarsch bewahrte sich ein Teil ihrer Lehrer unter aller Würde.

„Was, ihr Blase kennt nicht „Deutschland, Deutschland über alles?“ Und dann fuhr der Ge-

strenge mit seinem Schreden in sie hinein, bis sie es kunnien und singen konnten.

Ueber das, was ihnen sonst noch an Gruselgeschichten von der französischen Soldateska erzählt wurde, daß man diese Menschen verachten und vor denen man ausspucken müßte, darüber hat mancher Vater, wenigstens soweit er Arbeiter war, sogar seinen Kopf geschüttelt.

Ja, wir haben in der deutschen Republik noch nette Erzähler!

Kinder müssen sich aber überzeugt und gefunden haben, daß ihre Lehrer lügen; denn sie sitzen neben den Feldbüchern, essen Weißbrot und Schokolade und die lächerlichen französischen Landwehrlente lachen mit ihnen und freuen sich, daß das mit dem Haß der Bevölkerung doch nicht so schlimm sein muß.

Warum soll man nicht auch von den Menschlichkeiten der Franzosen, wenigstens von denen der Soldaten, sprechen, besonders, wenn die gesamte bürgerliche Presse gegen sie Gift und Galle spudt?

Was tun uns diese Menschen? Daß sie unsere Schulen, die Wohnungen, die Gasthöfe besetzen, ist hart, sogar augenblicklich sehr hart; daß sie unsere Lebensmittel aufkaufen, unsern Verkehr, bald auch unsere Arbeit zum Sterben bringen, ist noch härter.

Wir stehen unter dem Zwang des Kapitals, sie stehen noch unter der Gewalt der Militär-diktatur. Wir müssen uns gegenseitig helfen. Das einzige, was sie noch mehr und bis ins Tiefste erschüttern kann, ist unsere Menschlichkeit. Spüren sie sie nicht schon? Jede andere Waffe ist machtlos.

Allerdings könne dadurch nicht all-<sup>o</sup> entschuldigt werden. Die juristische Seite der Reparationsfrage wird noch lange Gegenstand einer Diskussion sein, daher will der Minister sich unter den heutigen Verhältnissen, unter denen wir kaum zu festen und klaren Schlussfolgerungen kommen würden, über diese Sache nicht äußern. Es ist Pflicht unserer Regierung, die den Friedensvertrag unterschrieben hat, diesen einzuhalten und die aus ihm übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Regierung kann nichts anderes tun, als darauf, was sie unterschrieben hat, zu bestehen. Ein Einschreiten im heutigen französisch-deutschen Konflikt muß ein bestimmtes Ziel haben und muß zu irgendwelchen günstigen Ergebnissen führen, wenn es Sinn haben soll. Diese Erwägung führt die tschechoslowakische Regierung dazu, auch weiterhin so zu handeln, wie sie bisher gehandelt hat. In diesem ersten Augenblick zu irgend einer leeren Manifestation zu greifen, würde bedeuten, eine schlechte Politik zu machen, im Gegenteil, gerade in solchen Augenblicken müssen wir zu Maßnahmen greifen, welche uns zum Ziele führen. Es ist ungewiss, daß die gemeinsame Zusammenarbeit nur durch eine Einigung zwischen Frankreich und Deutschland geschaffen werden kann. In diesem Sinne haben wir immer im Interesse Frankreichs und Deutschlands gearbeitet.

Der Minister beantwortet sodann die Anfrage des Abg. Dr. Czoch über Ungarn. Er erklärt, daß die tschechoslowakische Regierung bestrebt ist, ein gutes Verhältnis zu Ungarn herzustellen. Die Regierung will sich einerseits gegen alle Reaktionen schützen, wie davon Dr. Czoch sprach, andererseits reicht sie bereits drei Jahre Ungarn die Hand zum Frieden. Unter den heutigen Umständen ist gegenüber Ungarn keine andere Politik möglich, als auf der Wacht zu sein, aber alles zu tun, was den guten Beziehungen dient. Den Plänen und Neben davon, daß Frankreich aus dem Ruhrgebiet einen Bufferstaat schaffen wolle, glaubt der Minister nicht. Der Minister beantwortet sodann die Anfragen der Abgeordneten Kaffa, Skalaf und Kallina.

Die Erklärung des Außenministers wurde gegen die Stimmen der Opposition zur Kenntnis genommen. Der Antrag des Abg. Gen. Dr. Czoch, mit welchem die Regierung aufgefordert wird, in England und Amerika einzuschreiten, damit diese Mächte im deutsch-französischen Konflikt vermitteln und sein Antrag, der Minister für auswärtige Angelegenheiten möge in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses über die internationale Situation, insbesondere über die Ruhrbesetzung, berichten, wurden von den Koalitionsparteien abgelehnt. Die tschechischen Sozialdemokraten ergriffen in der Debatte nicht das Wort und brückten ihre Stellungnahme nur dadurch aus, daß sie mit den anderen Koalitionsparteien gegen den Antrag des Gen. Dr. Czoch stimmten. Der Vorsitzende Abg. Remec erklärte sodann, daß der Außenminister gelegentlich im Abgeordnetenhause sprechen werde und schloß die Sitzung.

**Hinrichtung des Mörders des Präsidenten Narutowicz.**

Warschau, 30. Jänner. Die Blätter veröffentlichten ein amtliches Kommuniqué mit der Mitteilung, daß der Präsident Wojciechowski betreffend des Mörders des Präsidenten Niewiadomski das ihm gebührende Gnadenrecht nicht walten ließ und daß somit das Todesurteil vollstreckt wird. Dagegen erfährt „Przeglad Wiczorni“, daß die Hinrichtung Niewiadomskis morgen in der Früh an dem Abhänge der Warschauer Zitadelle erfolgen wird.

**Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.**

Sie haben erstaunt aufgehört, als Arbeiter ihnen entgegenriefen: „Ihr französischen Soldaten seid unsere Brüder. Legt die Waffen nieder. Es lebe die Internationale!“

Aber ich wollte von Menschlichkeit sprechen. Kommt da ein französischer Infanterist auf den Bahnsteig an, sieht eine deutsche „Dame“, die sich mit zwei Koffern abmüht, sagt nach dem einen und will ihr helfen.

Sie kreischt entsetzt auf, sieht ihn zornfunkelnd an, spuckt zulezt aus und geht mit erhabenem Kopf weiter.

In der StraÙe fährt ein alter Trainisoldat mit seiner Karre langsam daher. Müd stolpert der Gaul. Da holt er eine alte Frau ein, die hastend mit einer Sandkare vorwärts leucht.

Leise klopfert er ihr auf den Rücken, nimmt der erstaunt sich umsehenden die Deichsel der Karre aus der Hand und bindet sie an den Wagen. Die Alte glaubt, es geschieht ein Wunder!

Was sagt doch ihr Pfaffe in der Kirche: „Die Franzosen sind schlimmer als der Teufel, betet, betet, damit Gott seine Hand wieder auf uns legt.“

An noch ein, sogar ergreifendes Bild, denke ich. Ein französisches Regiment marschiert durch die StraÙe. Ein Leichenwagen versucht sie zu kreuzen. Der französische Oberst springt vom Pferd zieht blank, salutiert, der ganze erste Zug präsentiert. Sogar deutsche Gymnastikanten nahmen da ihre Rappen ab.

Es fällt den Franzosen nur nicht immer leicht, menschlich zu sein, besonders wenn die Würdelosigkeit deutscher Patrioten aufloberet.

**Branting vermittelt.**

Berlin 30. Jänner. (Eigenbericht.) Nach dem Versagen der italienischen Vermittlungsaktion treffen aus Paris Nachrichten ein, die von einer neuen Aktion melden. Sie geht von unserem Genossen Branting aus, der als Mitglied des Völkerbundes in Paris weilte. Er wollte die Reparationsfrage vor das Forum des Völkerbundes bringen, da Poincaré aber nicht gewillt ist, darauf einzugehen, hat er ihn um die Bedingungen gefragt, an die Frankreich

die Räumung des Ruhrgebietes knüpft. Er wird der deutschen Regierung die Antwort Poincarés mitteilen.

In Deutschland ist die Auffassung der Lage nicht einheitlich. Einerseits wünscht man Verhandlungen, andererseits will man erst nach der vollzogenen Räumung verhandeln. Der „Vorwärts“ bezeichnet die französischen Bedingungen als unmöglich.

**Aus dem besetzten Ruhrgebiet.**

**Eisenbahnerstreik.**

Frankfurt a. M., 30. Jänner. (Wolff.) Sämtliche Bezirksleitungen der Organisationen der Beamten und Arbeiter im Eisenbahndirektionsbezirk Mainz haben die sofortige Niederlegung des gesamten Eisenbahndienstes im besetzten Gebiete der Eisenbahndirektion Mainz angeordnet. Sicherem Vernehmen nach wird die gleiche Anordnung für den Bezirk Ludwigshafen getroffen werden.

**Mangel an Zahlungsmitteln.**

Berlin, 30. Jänner. Obwohl der Banknotenlauf in der letzten Woche um rund 217 Milliarden zugenommen hat, herrscht bei den Banken großer Mangel an Zahlungsmitteln. Als Grund wird u. a. genannt, daß das Ruhrgebiet für einige Tage voraus mit Zahlungsmitteln versorgt worden sei. Infolge des raschen Sturzes der Mark sind in allerhöchster Zeit ungeheure Preissteigerungen und damit gesteigerter Bedarf an Zahlungsmitteln zu erwarten, weshalb die Herstellung großer Banknoten beschleunigt werden soll. In den nächsten Tagen wird man instande sein, täglich für 35 Milliarden 5000-Mark Scheine herauszubringen. In drei Wochen soll mit der Erzeugung von 50.000-Mark Scheinen begonnen werden.

**Die Gewalttaten von heute.**

Berlin, 30. Jänner. (Tsch. P.-B.) Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Koblenz, daß auf dem dortigen Bahnhof dreizehn Lokomotiven von den Franzosen weggeführt werden sollten. Die deutschen Eisenbahner setzten jedoch die Maschinen nach dem besetzten Gebiete zu in Fahrt, durchführten der Bahnhof Dieß, wo die Franzosen vergeblich versuchten, die Lokomotiven aufzuhalten, mit Schnellgeschwindigkeit. Die Maschinen konnten das unbesetzte Gebiet erreichen. Die Franzosen haben daraufhin die Eisenbahnlinie von Dieß auf einer Strecke von 300 Metern aufgerissen, sodas der Zugverkehr vollkommen still liegt.

Der Oberbürgermeister von Duisburg, Barres, ist ausgewiesen und sofort ins unbesetzte Gebiet gebracht worden.

**Das Faustpfand an der Ruhr.**

Paris, 30. Jänner. (Havas.) Beim Empfang von französischen und amerikanischen Berichterstattern erklärte Poincaré, daß Frankreich nicht die Absicht habe, das Ruhrgebiet zu annektieren. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß Frankreich das deutsche Gebiet so lange besetzt halten werde, bis Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. „Das Ruhrgebiet“, fügt Poincaré weiter hinzu, „sei ein weiteres Pfand in der Art wie das Rheinland. Nach dem Kriege von 1870/71 seien die Preußen so lange in den französischen Garnisonen geblieben, bis der letzte Centime der Kriegsschuldigung bezahlt gewesen sei. Die Beschlagnahme des Ruhrgebietes wird so lange aufrechterhalten werden, bis Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Frankreich habe — entgegen den verbreiteten Nachrichten — keinen einzigen Soldaten mobilisiert. Ich habe, sagt Poincaré zum Schluß, nur die Leute verwendet, die augenblicklich unter den Fahnen stehen.

O, es gibt noch „Patrioten“ hier, solche, die herumlaufen und die französischen Soldaten anstieren als wollten sie sie fressen. Sie ballen sich zu Klumpen zusammen, bilden Züge, singen: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!“ Vor dem Rathaus stauen sie sich. Einzelne rufen, schreien: „Es lebe Wilhelm II.! Es lebe die Hohenzollern! Nieder mit Frankreich!“ Dann singen sie weiter: „Und wenn es losgeht, sind wir da.“

Was hätten unsere „Immer-feste-drauf“-Leutnants im besetzten belgischen Gebiet gegen solche Rotten kommandiert?

Der französische Leutnant sah diese Hurrapatrioten schmerzlich an. Die Soldaten sahen wie aus einer Ferne nach ihnen, als wie: „Was wollt Ihr?“

Als diese Helden aber immer jubringlicher wurden, bat der französische Leutnant die deutschen Polizisten, sie möchten doch die Menschen zerstreuen.

An demselben Tag wurde leider auch scharf geschossen. Tragen die Franzosen auch die Hauptschuld an den Toten und den beiden Verwundeten durch ihren Einmarsch in das Ruhrgebiet, schuldig an diesen Toten sind die „Nieder mit Frankreich!“-Schreier, die gegen französische Posten mit ihren Kriegsgefangenen zogen. Zweimal wurden sie verwundet. Erst dann wurde scharf geschossen.

Daß die Schüsse Unschuldiger trafen, ist erwiesen. Die Heizer waren verschwunden. Was man wollte, war ja auch erreicht, ein Toter — Sensation, Mittel zum Aufruhr.

Es geht jetzt militärischer zu. Poincaré ist scheinbar nicht zufrieden mit dem Resultat.

**Rücktritt der tschechischen Regierung.**

Dresden, 30. Jänner. (Eigenbericht.) Wie schon vor einigen Tagen gemeldet wurde, kam heute der Antrag der Kommunisten, dem Innenminister Genossen Lipinski wegen seiner Verhaltungen bei deutschnationalen und kommunistischen Versammlungen und wegen seines Vorgehens bei den Feuerungsdemonstrationen in Dresden das Mißtrauen auszusprechen, im Landtag zur Besprechung und Abstimmung. Zur selben Zeit, als die Kommunisten den Mißtrauensantrag stellten, traten sie an die Sozialdemokraten mit dem Antrag heran, zur gemeinsamen Abwehr gegen die Faschisten eine Einheitsfront zu bilden. Da der Innenminister der bestschaffte Mann bei den Deutschbürgerlichen ist, so wurde der Mißtrauensantrag gegen ihn mit den Stimmen der Bürgerlichen und Kommunisten im Verhältnis von 54 zu 39 Stimmen angenommen. Der Ministerpräsident erklärte nach Annahme des Antrages, daß er mit dem gesamten Kabinett zurücktrete, die Geschäfte aber inzwischen noch weiter führen werde. Darauf verlangten die Kommunisten die sofortige Reubildung der Regierung, da sonst die Betriebsräte an deren Bildung scheitern und eine Arbeiter-Regierung bilden würden. Es handelt sich hier um einen rein demagogischen Antrag der Kommunisten. Die Bildung der neuen Regierung wird in den nächsten Tagen vorgenommen werden.

**Hektige Debatten auf dem Parteitag der K. P. D.**

Berlin, 30. Jänner. (Eigenbericht.) Auf dem Leipziger Parteitag der Kommunisten kam es zu heftigen Debatten über den Geschäftsbericht der Zentrale. Ruth Fischer (Berlin) bezeichnete die Haltung der K. P. D. in der Befreiungsfrage als unentschieden und lau, ein Hamburger Delegierter nannte den Aufruf der Zentrale nationalbolshewistisch.

**Der Abbau der Staatsbeamten in Oesterreich.**

**Vorsprache der Gewerkschaften.**

Wien, 30. Jänner. (Eigenbericht.) Die Vertreter der Gewerkschaftskommission sprachen heute mittags beim Vizkanzler Dr. Frank vor, um die Regierung auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die die Einschränkung des Mißbestimmungsrechts der Staatsbeamten beim Abbau zur Folge haben könnte. Der Zentralausschuß der Personalverordnungen hat sich auf eine Reihe geltender Rechte der Beamten beim Personalabbau mizupressen. Nun soll ihnen dieses Recht bejehnt werden. Die Abordnung erklärte, daß sich die Angestellten ihre wohlverdienten Rechte nicht nehmen lassen werden. Die gewerkschaftlichen Verbände wären gezwungen, jenen solchen Versuch, also vor allem dem Wirtschamwerden des im Staatsrate in Verhandlung stehenden Entwurfes mit gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzutreten. Nach langer Aussprache verwies der Vizkanzler auf die Notwendigkeit einer Parteienbesprechung hin, um in dieser strittigen Frage einen Ausweg zu finden.

**Begegnung mit einer Bulldogge.**

Von Wilhelm Liebknecht.

Einmal sah ich in einem Dorfwirtshaus. Es war Herbst, alles kalt und grau. Ein eiskaltes Glas stand vor mir auf dem kalten Tisch, im Ofen prasselte ein Feuer zwischen noch unverkohnten, weichen Buchenscheitern. Kein Mensch war außer mir im Raum. In die fröstelnde Stille schollen vom nahen Bahnhof aus eisenummantelten Glockengehäusen Signale dämpf in den Boden hinein.

Da kam es zur Tür herein, in eine Tiergestalt verummumt, daß ich erschrak. Tief auf den Boden gebückt schlich es schwer über die weiche Diele und kam aus breiter Brust feuzend auf mich zu. Der Atem fauchte in den Kammern dieser Brust wie ein Wind zwischen Mauern. Als habe ihm ein Fußtritt das Rückgrat zerbrochen, so wand und drehte es sich bei jedem Schritt. Dann brach es plump in die Knie der Hinterbeine und begann mich mit stumpfen Bliden um den Abhub meines Tisches anzustößen.

Ich gab und blidte das Tier an, wie man über einen tiefen Abgrund hinweg etwas Bekanntes anblidt. Eine Stimme in mir begann zu sprechen:

Leben, du liebliches, warum versuchst du mich in dieser Gestalt? Wer hat dich so entstellt und deine Schönheit in diese Schmach gestochen? Wer rief dir die Lippen entzwei und prägte dir die Gebärde der Blutgier so unentrinnbar auf? Wer trieb dein Gehiß empor, daß es dir wie eine geballte Mörderfaust vor dem Maul sieht? Wer nahm dir aus den Augen die Scham und ließ dir dafür nur diese unflätige, verstümmelte Trauer? Du Tier. Wieviele hast du schon gemordet? Und was weißt du von Gott?

Bewegungslos hielt das Tier meinen Blid aus, wie ein Ding, ohne einen Funken von Trost oder Scham. Nur am Ende des ungefügen Körpers zuckte der plumpe Schweif und schlug zweimal hart auf den Boden.

Da sah ich plötzlich: das Leben gloyte aus den blinden Augen und stammelte rauhe, schwere Worte:

Störe mich nicht. Ich bin hier auf der Grenzscheide. Es kann von hier nicht mehr weit bis zur Heimat sein. Es ist hier sehr dunkel und still, und alle Wege senken sich jäh hinunter. Selbst Gott würde sich die Pfade entlang tasten müssen, wenn er hierher käme, so dunkel ist es hier. Nein, von Gott weiß man hier nichts; nur die Kinnladen jitzern manchmal und werden aufgerissen und zugestochen, wenn etwas Warmes, Blutendes dazwischen gerät. Frage nicht. Störe mich nicht. Es kann von hier nicht mehr weit sein bis zum Glid.

So stammelte das Leben und schwieg.

Dann sah ich noch lang und hielt den Kopf der regungslos verharrenden Bestie an mein Knie gedrückt, bis der Abend kam und mich davontrieb.

**Werft die kapitalistischen Zeitungen aus euren Wohnungen!**

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Knechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

Wilhelm Liebknecht.

Darum leset den „Sozialdemokrat!“ Werbet Leser und Abonnenten!

Brot. Aber sie streiken ja nicht, weil man ihren Redendirektor einsperrte, der Streik richtet sich gegen die Gewalt, die auch sie trifft.

Auch der Bahnverkehr ruht teilweise. Gestern machten sich die ersten Störungen bemerkbar. Es gab keine Milch für die Kinder.

Heute sieht es schon wieder besser aus. Die Franzosen zogen auch einzelne Kommandos aus Jechen und östlichen Verwaltungen zurück.

Fürchtet er sich? Wartet er nur auf Verstärkungen? Unaufhörlich marschieren wieder die Truppen. Will man die Gewalt noch verstärken? Nun, der Westfahle ist jäh. Jäh durch seine Arbeit.

Aber was wird? Die Patrioten werden für bewaffneten Widerstand. Angetrunken wanfen sie durch die Straßen, singen ihr Deutschlandlied, o, sie sind mutig.

Der Arbeiter wird immer ernster, schwelgsamer. Militarismus und Nationalismus. Beides entlad sich über ihn, trifft ihn.

Was haben die „Andern“ auch zu verlieren? In Autos, Autos, Möbelwagen haben sie ihr Geld, ihr Silber, ihren Besitz fortgeschafft. Ihre letzte Arbeit ist die Verbeutung. Dann fahren sie selber.

Nun: wir westfälischen Arbeiter glauben an den Sieg der Menschlichkeit. Ob wir noch gepöfert werden müssen? Ob man dieses, unzer Land noch zerschleßt, zersprengt, vernichtet?

Was sollen wir dagegen tun? Unsere einzige Waffe ist die Niederlegung der Arbeit.

Bochum, 23. Jänner.

Ja, die Westfalen. Mit den Rheinländern war noch auszukommen, aber diese Dickköpfe hier! Alle Pläne rutschen ins Wasser.

Und besonders diese Arbeiter.

Nein, wenn der französische Militarismus wirklich will, daß der stumpel Kohlen hackt und der Gießer am Erzfosen bleibt, dann muß er seine Bajonette einstecken und seine militärischen Ueberwachungsenträgen wieder einzuziehen, der Krieg hat den Arbeitern die Furcht vor der Waffe genommen.

Aber die Franzosen sind auch starkköpfig. Was sie augenblicklich tun, ist das Heranziehen immer größerer Truppenmassen. Ueber 300.000 Soldaten müssen nun wohl schon hier sein, und immer mehr kommen noch. Es gibt Orte, in denen dann schon keine Schule mehr frei ist für die Kinder.

Auch die Ueberwachung wird strenger, die Posten werden verdoppelt, Patrouillen gehen durch die Straßen.

Haben die Soldaten auch strengere Anweisung? Wo sie Posten stehen, müssen sie die Menschen vom Fußstiege drängen. Viele tun es widerwillig, aber sie werden selber überwacht. Die Regimenter wechseln auch täglich. Man will verhindern, daß sich Arbeiter und Soldat befreunden. Aber, Poincaré: Die Befehle nützen nichts!

Die ersten Staatszehen streiken. Der Rumpel schreitet zur Abwehraktion. Er ist etwas vorsichtig vom Rapp-Puff her. Wird die Regierung die Streiktage bezahlen? Sorgt sie für Nahrungsmittel?

Der Franzose garantiert Bezahlung und

# Tages-Neuigkeiten.

## Das Große.

Eind muß dir immer gegenwärtig sein,  
Ob du nun hämmerst, Mann, auf Stahl und Stein,  
Ob Häufel haltend nur zur Tiefe sinkst,  
Ob du des Feuers helle Kraft bezwingst,  
Ob du die Felder segnest mit der Saat  
Und Länder bindest mit dem Kupferdraht —:

Daß irgendwo ein Bruder steht und schafft  
Ein Gleiches mit der gleichen stummen Kraft,  
Daß irgendwo ein Bruder so wie du  
Strebt sehnsuchtschwer der Sonnenstunde zu,  
In der, verbrüdernd eine ganze Welt,  
Er deine Hand in seiner Rechten hält.

Alfons Pehold.

**Alfons Peholds Begräbnis.** Aus Righöhel wird der „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben: Samstag wurde auf dem hiesigen Friedhof der tote Dichter zu Grabe getragen. Anaden trugen die schlichten Kränze und ein langer Zug ergriffener Menschen folgte dem Sarg; die kleine Stadt betrauerte den Heimgang ihres berühmtesten Bürger. Am Grabe sprach Landeshauptmann-Zielvertreter Dr. Gruener, dem mit Pehold innigste Freundschaft verbunden hatte, tiefgefühlte Worte des Schmerzes; Genosse Friedrich Austerlich schilderte den proletarischen Dichter, und namens der Tiroler Schriftstellergemeinde rühmte Direktor Hirth aus Innsbruck Peholds hohe Dichterkraft. Ein Begräbnis ohne jeglichen Prunk, aber in der Reinheit und Klarheit der schneeeigen Landschaft wahrhaft zu Herzen gehend.

**Protestkundgebungen gegen die Ruhrbesetzung.** Eine stark besuchte Versammlung fand Sonntag vormittags im Imperatorsaal in Turin statt, zu der viele Hunderte Arbeiter aus allen Orten der Umgebung sprachen. Bürgermeister Genosse Bagel leitete die Versammlung, in der Senator Genosse Nießner das Referat erstattete. Die Rede des Genossen Nießner, die mit einer Sympathieerklärung für das deutsche Proletariat begann, schloß mit der Aufforderung an die Arbeiter der tschechischen Republik, darauf zu achten, daß die Republik neutral bleibt. Ein Kommunist verles eine ungeschickte und verworrene Erwiderung, die im Gelächter unterging. In Vilin und Langungest sprach in sehr gut besuchten Versammlungen Abgeordneter Genosse Hirsch, in Vensen und in Großharden im Vorderböhmer Gebiet an Stelle des verhinderten Genossen Cermal Genosse Hofbauer aus Teplitz. Teilweise waren die Versammlungen auch von Bauern und Gewerbetreibenden besucht.

**Die Schulden seiner Eminenz des Erzbischofs von Olmütz.** Das Erzbistum Olmütz ist bekanntlich eines der reichsten der Welt. Es besitzt riesige Waldgebiete, zahlreiche Güter mit Fabriken, Sägewerken und Bierbrauereien und nicht weniger als elf Schlösser. Das Erzbistum zahlt den Arbeitern die kleinsten Löhne, für wohlthätige Zwecke leistet es versucht wenig. Die ungeheuren Einkünfte fließen in die Olmüher Kasse, deren Hauptnützer der Erzbischof ist. Er bezieht außerdem einen stattlichen Gehalt und hohe Repräsentationsgelder. Es ist darum begreiflich — so schreibt die „Arbeiterzeitung“ —, daß der Olmüher Erzbischofsposten einer der begehrtesten in der katholischen Kirche ist. Herr Dr. Franz Sales Bauer, Kardinal der katholischen Kirche, hatte ihn zehn Jahre lang inne. Als er im November 1915 starb, mochten sich seine geschlichen Erben über den Verlust mit der Erwartung einer fabelhaften Erbschaft trösten. Wie waren sie aber über-

# Das Reparationsproblem vor dem Völkerverbund.

Paris, 29. Jänner. Habas berichtet: Man versichert in Kreisen des Völkerverbundes, im Verlaufe der heute eröffneten Session des Völkerverbundes werde das Reparationsproblem außerhalb der öffentlichen Sitzungen zum Gegenstand eines Meinungs-austausches zwischen den Vertretern der teilnehmenden Staaten gemacht werden. Es sei möglich, daß infolge dieser offi-

ziösen Verhandlungen im Völkerverbund eine Resolution unterbreitet werde des Inhaltes: Der Völkerverbund wäre gegebenenfalls geneigt, sich auf Verlangen der interessierten Mächte mit dem Reparationsproblem zu befassen, wie er dies bereits zum Ausdruck gebracht habe.

Bruttovermögen . . .	1.847.530,35 Kronen
Schulden . . . . .	3.316.952,71 Kronen
Abgang . . . . .	1.469.952,42 Kronen

„Den ganzen überschuldeten Nachlaß“, hieß es in der Zuschrift, „übernahm das Stammvermögen des Erzbistums in Olmütz zur teilweisen Bestreitung seiner Erfordernisse und gegen Bezahlung aller Schulden, Kosten und Gebühren.“ Es ist also dem Herrn Kardinal gelungen, trotz seinen unermesslichen Einnahmen in zehn Jahren eine Schuldenlast von 6600 Millionen österreichischer Kronen zu sammeln und als Kreditat zu sterben! Wie er das gemacht hat, ist ein Rätsel, besonders da er für seine Frau und doch wohl auch für seine Kinder zu sorgen hatte. Sollte nicht vielleicht ein jüdischer Kniff vorliegen, damit das Vermögen nicht in andere Hände komme? Unerhörte Rafferei oder niedrige Erbschleichen — das ist hier die Frage.

**Unerhörte Anbelegung der Presse.** Die „Volksstimme“, unser Parteiblatt in Warnsdorf, teilt ihren Lesern mit, daß an die dortige Presse die behördliche Weisung erging, daß „bei einer Frankreich beleidigenden Schreibweise das Blatt beschlagnahmt würde.“ Wir halten uns für verpflichtet, schreibt das Blatt, „unsere Leser von dieser Weisung in Kenntnis zu setzen, damit sie sich bei Beurteilung des Blattinhaltes stets vor Augen halten, daß in der freien demokratischen Republik die Pressefreiheit auf dem Papier steht.“ — Wir halten diese Anbelegung der Presse nicht nur für eine ganz unerhörte Kühnheit, sondern auch für eine ungemachte Dummheit. Glaubt man hierzulande wirklich, daß man das Urteil der Öffentlichkeit ändern kann, indem man seine Neugierde unterbindet? „Das Alberne wäre es wohl.“ — so schrieb einst Angenrüber — „wenn ein Mann die Wetterfahne festbinden, die Wetterfahnen festnageln ließe, um behaupten zu können, es gebe kein Wind. Was tut die Staatsgewalt oft anderes in drohender Zeit, wenn sie offenes Reden und Meinen verbietet?“

**Gummimittel und Dietrich.** In unserem Innsbrucker Parteiblatt lesen wir folgendes: „Die Hakenkreuzler, „Oberländer“ und Nationalsozialisten singen jetzt ein neues Lied. „Gedichtet“ hat es der deutsche „Dichter“ Ernst v. Wolzogen. Es lautet:

Was ist denn unser Waff und Wehr?  
Der Gummimittel und die Ehr' —  
Damit wird's durchgerissen.  
Was ist denn unsere Artillerie?  
Der Glaube, der da wandet nie,  
Und unser gut' Gewissen.

Unser Bruderblatt bemerkt dazu: „Der Gummimittel, die Ehr' und das gut' Gewissen! Was wunderbar zusammen. Fehlt nur noch der — Dietrich dazu. Dann ist alles beisammen, was ein wahrer Nationalsozialist liebt.“ Mit dem Dietrich spielt die „Volkszeitung“ auf die Tatsache an, daß vor einiger Zeit vor dem Innsbrucker Schöffengericht der Hakenkreuzler und Schmied Richard Jenbe wegen versuchten

Eindrucks verurteilt wurde. Dieser Einbrecher war Mitglied der nationalsozialistischen Partei und der bairischen monarchistischen Sektion Oberland. Er gehörte zu den vier nationalsozialistischen Sölden, die im November 1922 in Innsbruck den sozialdemokratischen Landeshauptmannstellvertreter Dr. Grüner mit Gummimitteln überfielen!

„Hier“ statt „Jde“ — drei Wochen Kerker. Nach einem Bericht der „Reichsbanner Zeitung“ wurde Franz Haubelt aus Freudenthal, der zur Mobilisierung im Jahre 1921 eingezogen war, vom Brigadegericht in Troppau zu drei Wochen Kerker verurteilt, weil er, anstatt sich beim Namensaufzug durch den Offizier mit „jde!“ zu melden, zweimal mit „hier!“ geantwortet hatte. Das Olmüher Divisionsgericht bestätigte in der Berufungsbehandlung dieses Urteil — und damit die Tatsache, daß man namentlich auf dem Gebiete des Militarismus jeden Entzerrungsversuch längst aufgegeben hat.

**Minister Dr. Venesch — organisierter Nationalsozialist?** Bekanntlich kandidierte Dr. Venesch bei den letzten Wahlen als Listenführer auf der Liste der tschechischen Nationalsozialisten im ersten Wahlbezirk, ohne selbst Mitglied dieser Partei zu sein. Wie nun das „Pravo Lidu“ zu berichten weiß, wird Dr. Venesch in kürzester Zeit als organisiertes Mitglied der tschechischen nationalsozialistischen Partei beitreten, um in seiner politischen Stellung einen Rückhalt an eine politische Partei zu besitzen, den er zu seiner Wiederwahl ja unbedingt braucht.

**Das Befinden Dr. Raschins.** Der letzte Bericht über den Gesundheitszustand des Finanzministers Dr. A. Raschin lautet: An dem Brustfell der rechten Seite hat sich abermals eine begrenzte trockene Entzündung ereignet. Sonst ist der Gesamtzustand unverändert. Temperatur 36,8, Puls 96, Atem 24.

**Die Sorgen der Schmöde.** Im „Brünner Tagesboten“ lesen wir folgenden Bericht: „Die Nachricht . . . die noch Sonntag abends wie ein Lauffeuer Wien durchzieht, begegnete „nicht allgemeinem Unglauben, dann aber wirkte sie, wenn der Ausdruck in diesem Falle gestattet ist, geradezu niederschmetternd.“ — Um Gottes Willen, welche Katastrophe brach da wieder über dieses unglückliche Oesterreich herein? Wurde die Wiener Krone an der Züricher Börse gestrichen? (oder hat sie sich — was für die Wiener Schieber sogar das größere Unglück bedeutet, kräftig erholt?) Ist das Panhaus Hotel auf dem Semmering und darin die 800 Wiener Baudirektoren in die Luft gesprengt worden? Sind die Franzosen in Berlin einmarschiert oder haben Bofel und Castiglioni beschlossen, aus Oesterreich auszuwandern? — Nichts von alledem; der Wiener Märchenerzähler des „Brünner Tagesboten“, brauchte eine sensationelle Einbegleitung für die müßterne Sportnachricht, daß eine Wiener Fußballmannschaft in Zürich ein Spiel verlor — na und da will er den Brünneren einreden, „da man in Wien, in dem bis auf 100.000 . . . alle Bewohner Not leiden und frieren, keine andere Sorge kennt als die „Sozialinderei“, worunter heute „Sport“ zu verstehen ist . . .“

**Kommunale Arbeitslosenfürsorge.** Der Stadtrat von Joachimsthal hat über Antrag unserer Genossen beschlossen, in den Voranschlag für 1923 für Arbeitslosenfürsorgeweise einen Betrag von 30.000 Kronen einzustellen.

**Vom Schachfeld der Arbeit.** Sonntag waren mehrere Schlosser und Zimmerleute auf dem Julius-Schacht im Brüger Revier mit der Reparatur einer Pumpe beschäftigt, die in einem Stillschacht montiert war. Der dabei beschäftigte Schlosser Willibald Schlager stand, während die Pumpe heraufgezogen wurde, auf einem Pfosten über dem Schachte. Aus bisher unangeführter Ursache, möglich, daß der Pfosten sich drehte und Schlager so den Halt verlor, rutschte er aus und stürzte etwa 24 Meter tief ab, wobei er außer einem komplizierten Bruch des Unterschenkels noch einen Bruch der Schädelkapsel erlitt. In schwerstem Zustande wurde Schlager in das Magazins-Bezirkskrankenhaus überführt, wo er jedoch bereits seinen Verletzungen erlag.

**Einschränkung des Schnellzugsverkehrs Dresden—Berlin.** Nach einer Mitteilung der deutschen Eisenbahnverwaltung werden ab 1. Februar d. J. bis auf weiteres auf der Strecke Dresden—Berlin jene Züge, welche die Fortsetzung der Schnellzüge 305—306 (Abfahrt von Prag-Masaryk-Bahnhof 9 Uhr 10 Min. Ankunft in Prag-Masaryk-Bahnhof 20.40 Uhr) bilden, nicht verkehren. Die Schnellzüge Nr. 305—306 Budapest—Prag—Vodanbrach werden eine Schnellzugsverbindung nach Dresden und weiter in der Richtung nach Leipzig wie auch zurück haben.

**Ueberfall auf den Herausgeber des „Pariser Journal“.** Habas meldet aus Paris: Der Herausgeber des „Journal“ wurde von zwei Männern, die sich durch einen in seinem Blatte veröffentlichten Artikel beleidigt zu fühlen, mit Stochfesseln ziemlich ernst am Kopfe verletzt. Die Angreifer wurden in Haft genommen.

**Festnahme eines berüchtigten Verbrechers.** In Grubach in Oberösterreich wurde dieser Tage der 23jährige Julius Pleier aus Teplitz festgenommen, der seit ungefähr zwei Jahren fast alle Gebiete Oesterreichs durch seine verwegenen Einbrüche und seine Gewaltthatigkeiten unsicher machte. Im Jahre 1921 arbeitete Pleier mit dem Wiener Plattenbruder Rudolf Pirschmann gemeinsam. Die beiden besuchten mit Vorliebe die Gegenden am Inn in Nordtirol, wo sie in den Sommerfrischen die Villen ausraubten. Pleier wurde bereits am 18. September v. J. von einem Gendarmen-Inspektor in einem Walde bei Wessener festgenommen, doch verlegte er bei der Eskorte den Gendarmen durch einen Revolverstoß so schwer, daß er ihm nach einem furchtbaren Handgemenge entfliehen konnte. Pleier hielt sich in der Folgezeit vornehmlich in Oberösterreich auf, wo ihn auch nach harter Verfolgung dieser Tage in Grubach sein Schicksal ereignete. Er wurde dem Landesgericht nach Linz eingeliefert.

**Die eigene Tochter dingt Mörder gegen ihren Vater.** Das Blochhaus an der Straße Bodanbach—Dresden bei Mittelgrund an der Elbe (Bezirk Teicheln) war am 20. Jänner der Schauplatz eines Raubüberfalles, den die Tochter des Blochhauswärters gegen ihren Vater vorbereitet hatte. In das Blochhaus kamen oft zwei, inzwischen von der Dresdener Polizei bereits festgenommene Dresdener Bagabunden, denen die 40jährige Tochter des Bahnwärters den Vorschlag machte, den Vater während des Nachtdienstes zu überfallen, damit sie sich dann in den Besitz des im Hause befindlichen Geldes setzen könne. Der Bahnwärter sollte zuerst ermordet und in die Elbe geworfen werden. Später gingen die drei von diesem Plane ab und wollten den Bahnwärter nur betäuben. Da sich aber dieser bei dem Ueberfall verzweifelt wehrte, mißglückte den Räubern der Plan. Die Tochter des Ueberfallenen wurde nun von Gendarmen festgenommen und dem Gerichte eingeliefert.

# Herodias.

4

Eine geschichtliche Erzählung von Gustav Flaubert.

Der Tetrarch hatte sich vor dem Prokonsul niedergeworfen und bedauerte, von der Gunst seiner Anwesenheit nicht früher erfahren zu haben. Sonst hätte er alles veranlaßt, was den Vitellianern geziemte. Sie stammten von der Göttin Vitellia ab. Eine Strafe vom Janiculus zum Meer trug noch ihren Namen. Die Quästuren, die Konsulate waren in seiner Familie ohne Zahl, und was ihn, Lucius, betrafte, der anjehet kein Gast war, so schuldete man ihm Dank als dem Befieger der Kaiserin und als dem Vater dieses jungen Aulus, der in sein Reich zurückzukehren scheint, da der Orient die Heimat der Götter war. Er bediente sich zu diesen Hyperbelen des Lateinischen. Vitellius nahm sie hin, ohne die Miene zu verändern.

Er entgegnete, Herodes der Große gebe allein schon einem Volke Ruhm. Die Athener hätten ihm die Oberaufsicht über die Olympischen Spiele übertragen. Er habe Tempel erbaut zu Ehren des Augustus, sei geduldig, scharfsinnig, furchtbar und den Tötaren stets treu gewesen.

Zwischen den Säulen mit den erzenen Knäufen gewahrte man Herodias, die wie eine Kaiserin heransritt, umgeben von Frauen und Eunuchen, die auf vergoldeten Schalen brennende Spezereien trugen.

Der Prokonsul ging ihr drei Schritte entgegen; sie begrüßte ihn, indem sie das Haupt neigte und rief: „Welch ein Glück!“ Da Agrippa, der Feind des Tiberius, fernherhin keinen Schaden anstiften konnte.

Er wußte davon nichts; sie erschien ihm gefährlich. Und da nun Antipas schwor, er werde für den Kaiser alles tun, fügte Vitellius hinzu: „Auch zum Nachteil anderer?“

Er hatte dem Perserkönig Geiseln abgenommen, und der Kaiser dachte nicht mehr daran; denn Antipas, der bei der Verhandlung zugegen gewesen war, hatte, um sich in Gunst zu bringen, allsogleich die Nachricht darüber abgeschickt. Das war der Grund eines tiefen Hasses und der Verzögerung der Hilfeleistung.

Der Tetrarch stammelte. Aber Aulus sagte lachend: „Beruhige dich! du siehst unter meinem Schutz!“

Der Prokonsul tat, als habe er es nicht gehört. Der Reichtum des Vaters beruhigte auf dem schamlosen System der Söhne; und diese capreser Sumpfbüchse verschaffte ihm so bedeutende Einnahmen, daß er sie mit allen Aufmerksamkeiten umgab, sich aber zugleich vor ihr in acht nahm, da sie giftig war.

Am Tor erhob sich ein Tumult. Man ließ einen Zug von weißen Mantelträgern ein, worauf Leute in Priestertracht saßen. Es waren Sadduzäer und Pharisäer, die ein gleiches Abziel nach Machärus führten; denn jene wollten das Opferpriesteramt erlangen, diese es für sich behalten. Ihre Antlitz waren finster, besonders die der Pharisäer, der Feinde Roms und des Tetrarchen. Die Zipfel ihres Mantels behinderten sie im Gedränge, und die Tiara, die sie über einem mit Schriftzeichen versehenen Pergamentbande trugen, schwanke auf ihrer Stirne.

Fast gleichzeitig trafen Soldaten der Vorhut ein. Sie hatten ihre Schilde in Umhüllen gesteckt, um sie gegen den Staub zu schützen; dahinter folgte Marcellus, der Stellvertreter des Prokonsuls, mit Höllnern, die unter ihren Achseln Holzstäbchen eingeklemmt hielten.

Antipas nannte die Namen der Vornehmsten seiner Umgebung: Tolmai, Nanthera, Sichon, Ammonius von Alexandria, der für ihn Erdharz einkaufte, Noaman, den Kommandanten seiner Beliden, den Babylonier Jassim.

Vitellius hatte Mannai bemerkt. „Wer ist der dort?“ Der Tetrarch deutete durch eine Handbewegung an, es sei der Henker.

Dann stellte er die Sadduzäer vor. Jonathas, ein kleiner Mann von freiem Benehmen und des Griechischen kundig, brachte die ergebene Bitte vor, der hohe Herr möge ihnen die Ehre eines Besuchs in Jerusalem erweisen. Er werde sich wahrscheinlich dahin begeben.

Elegar, krummnasig und langbartig, verlangte für die Pharisäer den hochpriesterlichen Mantel, den die Behörde im Turm der Antonia verwahrte und nicht freigab.

Weiterhin brachen die Galiläer Klagen über Pontius Pilatus vor. Als ein Wahnsinniger in einer Föhle bei Samaria die goldenen Geheiß Davids gesucht hatte, hatte er etliche Einwohner töten lassen; und alle redeten zugleich, Mannai noch bestiger als die andern. Vitellius gab die Versicherung, daß man die Schuldigen bestrafen werde.

Ein lautes Geschrei erhob sich vor einem Säulengang, wo die Soldaten ihre Schilde aufgehängt hatten. Die Decken waren abgenommen worden, und jetzt sah man auf den Wänden das Bildnis Cäsars. Das erschien den Juden als Götzendienst. Antipas hielt eine Ansprache an sie, während Vitellius, der in der Arkade auf einem erhöhten Sessel saß, sich über ihre Wut verwunderte. Tiberius hatte recht getan, daß er ihrer vierhundert nach Sardinien verschickt hatte. Aber in ihrer Heimat waren sie stark; und er befahl, die Schilde herunterzunehmen.

Dann drängten sie sich um den Prokonsul und flehten um Genehmigung für erlittene Unbill, um Vorrechte, um Zuwendungen. Die Gewänder waren zerrissen, man erdrückte sich, und um Platz zu schaffen, schlugen Sklaven mit Stöcken nach rechts und nach links. Die nächsten am Tor wandten sich zum Abstieg, andere kamen den

Pfad herauf; sie stuteten zurück: zwei Ströme kreuzten sich in dieser Hin und her wogenden, von dem Mauergrütel zusammengedrückten Menschenmenge.

Vitellius fragte, was all das Volk bedeutete. Antipas nannte die Ursache: die Feier seines Geburtstages. Und er deutete auf eine Anzahl seiner Leute, die, über die Finnen geneigt, ungeheure Körbe mit Fleisch, Obst, Gemüse, Antilopen und Ziegen, großen lazarfarbenen Fischen, Trauben, Melonen und Pyramiden von Granaten herauftrugen. Aulus, dessen Schlemmerei einst die ganze Welt in Staunen versetzen sollte, hielt sich nicht länger; er stürzte nach den Küchen.

Als er an einem Keller vorbeiging, bemerkte er Kochlöcher in der Form von Panzern. Vitellius kam sie an und verlangte, daß man ihm die unterirdischen Kammern der Festung öffne.

Sie waren in hohen Wölbungen und mit Pfeilern in gewissen Abständen in die Felsen gehauen. Die erste enthielt alle Rüstungen, aber die zweite war gedrängt voll von Speichen mit langen, aus einem Federbüschel aufstehenden Spitzen. Die dritte sah die Wände mit Schilfmatten besetzt zu haben, so viel dünne Pfeile waren festrecht nebeneinander aufgehängt. Die Wände der vierten bedeckten Ästigen von Krummschwertern. In der Mitte der fünften erschienen Reihen von Helmen mit ihren Kammern wie eine Kolonne von vollen Schlangen. In der sechsten sah man ausschließlich Köcher; in der siebenten nur Büschelstienen, in der achten nur Armbrüthen, in den folgenden Gabeln, Metterhaken, Leitern, Seile und ähnliches bis zu den Stangen für die Kataklypse, bis zu den Schwellen für das Brustgeschütz der Dromedare. Und da der Bergstod nach unten zu an Breite zunahm und innen wie eine Bienennabe ausgehöhlt war, so lagen unter diesen Kammern noch zahlreichere und noch größere.

(Fortsetzung folgt.)

### Kleine Chronik.

**839 Selbstmorde jährlich in New York.** Nach einem Bericht des obersten Untersuchungsrichters von New York wurden im vergangenen Jahre in New York 839 Selbstmorde gezählt. Im Jahre 1921 zählte man 838 Selbstmorde. Von diesen 839 Selbstmördern des Vorjahres waren 580 Männer und 253 Frauen. 197 Männer und 101 Frauen starben durch Gasvergiftung. 133 Personen gebrauchten eine Schusswaffe. Ein Mann in Brooklyn beging dadurch Selbstmord, daß er sich den Kopf an einer Mauer einrammte. Die Statistik des obersten Untersuchungsrichters weist dann noch vieles über die verschiedenen Selbstmordarten zu berichten, verlagert sich aber vollkommen wenigstens eine annähernde Zusammenfassung der Motive, die die Unglücklichen im „Land der Freiheit“ zum Selbstmord trieben.

**Ein Lehrling durch einen Schleifstein getötet.** In der Schleiferei des Josef Augustin in Wien schiffte der 17jährige Schleifereilehrling Hermann Entl ein Messermesser an einem elektrisch betriebenen Schleifstein. Pöflich zerbarst der Schleifstein mit einem heftigen Knall; ein Bruchstück traf den Lehrling mit derartiger Wucht am Kopfe, daß er sofort tot zusammenstürzte. Wie die Erhebungen ergaben, schreibe bei dem Unfall ein fremdes Verschulden nicht vorzuliegen.

**Worin die Mädchen den Knaben über sind.** Ein Bericht des englischen Unterrichtsministeriums beschäftigt sich mit der Frage, in welchen Fächern die Mädchen in der Schule bessere Leistungen erweisen als die Knaben. Nach den hier veröffentlichten Untersuchungen sind die Knaben den Mädchen in folgenden Unterrichtsfächern voraus: Englische Sprache und Literatur, moderne Sprachen, Geschichte, aber nur in der Wiedergabe von Tatsachen, nicht in der Auffassung und Bewertung der Ereignisse. Kunst, in dem besseren Verständnis und in technischer Geschicklichkeit, aber nicht in schöpferischer Arbeit. Die meisten Urteile, die abgegeben wurden, stimmten darin überein, daß die Mädchen sich besser der Schulzucht fügen, daß sie fleißiger und pflichtbewusster sind als die Knaben. Wenn die Jungen zuviel ausfallen, dann arbeiten sie einfach weniger oder gar nicht. Die Mädchen aber setzen ihren Ehrgeiz darein, alles zu bewältigen, wenn sie auch damit ihre Gesundheit schädigen. Diefelbe Ausdauer und Gewissenhaftigkeit soll die weibliche Jugend auch beim Sport beweisen, und es besteht daher für eine Weiterentwicklung der Schülerinnen auf diesem Gebiet sehr viel mehr Gefahr als bei den Schülern.

### Gerichtssaal.

#### Interessante Verhandlungen der nächsten Zeit.

**Prag, 30. Jänner.** Die nächste Schwurgerichtssession beginnt am 16. Feber. An diesem Tage wird sich Alois Antis wegen Verbrechen gegen § 134 des Strafgesetzes zu verantworten haben. Am 17. Feber findet die Verhandlung gegen Josef Dangel wegen Mißbrauches der Amtsgewalt statt. In der gleichen Schwurgerichtsperiode wird sich auch der Portier des Prager Stadthauses Petříček wegen Mord verantworten müssen. Petříček hat, wie noch erinnertlich sein dürfte, seine Geliebte in einem Walde bei Kladno überfallen und ausgeraubt. — Ob Soupal, der Mitenäter gegen den Finanzminister Dr. Kasin, schon in dieser Schwurgerichtsperiode vor die Geschworenen gestellt wird, ist noch unbestimmt, da die Untersuchung langsam fortschreitet und kaum in so kurzer Zeit beendet sein wird. Soupal hat in der Untersuchungshaft verlangt, daß ihm als politischem Verbrecher das Rauchen gestattet werde. Dieses Verlangen wurde jedoch abgelehnt. — In den nächsten Tagen wird sich vor einem Strafsenat beim Prager Landesgericht die Mandantin des Verteidigers Dr. Baerens, des Advokaten Dr. Goller, Marie Hostaš wegen Reinweides und falscher Zeugenaussage zu verantworten haben. Marie Hostaš hat bekanntlich in der Kolleraffäre des Juristen Schwabe zwei verschiedene Angaben gemacht und wurde daher über Antrag des Staatsanwaltes aus dem Gerichtssaal dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der sie nach kurzem Verhöre verhaftete. Am Montag wurde Marie Hostaš bereits die Anklageschrift überreicht.

#### Riefendiebstähle in der Goldhütte.

**Prag, 30. Jänner.** Vor einem Strafsenat unter Vorsitz des OVR. Löw hatten sich heute 14 Angeklagte zu verantworten, die in Riefendiebstähle bei der Goldhütte in Aladno und auf der Grube „Mona“ verwickelt sind. In den Jahren 1918 bis 1921 wurden auf der Goldhütte Gegenstände im Werte von einigen Hunderttausend Kronen entwendet. Nach mühseligen Nachforschungen stellte die Polizei in Aladno fest, daß sich das Zentrum der Diebstähle beim Schlosser Eduard Novak in Aladno befindet, wohin die gestohlenen Sachen abgeliefert wurden. Novak besorgte dann den Weiterverkauf an auswärtige „Kundschaften“. So verkaufte er einen Posten Eisen nach Jungbunzlau um den Betrag von 7000 K., obwohl die Goldhütte den Wert dieses Eisens mit 28.000 K. angegeben hatte. Bei der Hausdurchsuchung wurden bei Novak Gegenstände im Werte von 98.771 K. beschlagnahmt. Weiter stellte die Polizei fest, daß der Werkführer Rejtek von der Grube „Mona“ 187 Kilogramm Messing entwendet hatte und es dem Novak zum Weiterverkauf übergab. Die Gegenstände, die auf der Goldhütte gestohlen wurden, trugen den Stempel: „Unveräußerlich, Eigentum der Goldhütte“, so daß für die Käufer dieser Waren der Einwand möglich ist, sie hätten nicht gewußt, daß es sich um gestohlene Sachen handelt. Bei der Verhandlung wurde nachstehendes Urteil gefällt: Die ehemaligen Beamten der Goldhütte Josef Landa und August We-

ber wurden zu je zehn Monaten, sechs Arbeiter zu je sieben Monaten schweren Kerkers verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Kerkerstrafen in der Höhe von ein bis sechs Monaten. Der Kaufmann Eduard Novak und ein gewisser Josef Sasa wurden wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Dem Kaufmann Novak konnte nicht nachgewiesen werden, daß er von den Diebstählen, denen seine er zusammenkaufte, etwas gewußt hätte, da er behauptete, die Sachen wären ihm als persönliches Eigentum von den Dieben verkauft worden.

#### Ein verhängnisvolles Gerücht.

**Prag, 30. Jänner.** Der Klempnermeister Stanislaus Kobrbel aus Prag hatte sich heute wegen Verbrechen gegen die Sicherheit des Lebens und wegen Verleitung zu falscher Zeugenaussage zu verantworten. Der Anklageschrift entnehmen wir folgendes: Am 18. November fiel vom Dache eines Neubaus in Prag-Holešovice der Klempnerlehrling Stefan Koshnara herab und wurde schwer verletzt. Der Lehrling starb in den nächsten Tagen an den Folgen seiner Verletzungen. Die Polizei ermittelte bei ihrer Untersuchung, daß Koshnara nicht durch ein Sicherheitsseil befestigt war. Auf dem Baue sprach es sich bald herum, daß Kobrbel an dem Tode des Lehrlings schuld sei und daß er sich auch schuldig fühle. Er habe nämlich den Arbeiter Anton Tadrner, der in der Zeit des Unfalls am Dache arbeitete, gebeten, im Falle einer gerichtlichn Untersuchung auszusagen, daß Kobrbel den Lehrling einigemal aufgefordert hätte, das Sicherheitsseil anzulegen und daß der Lehrling nicht gehorcht habe. Diese Gerüchte kamen auch der Polizei zu Ohren, die die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zur weiteren Amtshandlung übergab. Gegen Kobrbel wurde daher das Strafverfahren eingeleitet. — Bei der heutigen Verhandlung stellte sich die Unschuld Kobrbel heraus. Mehrere Zeugen konnten einwandfrei unter Eid bestätigen, daß Kobrbel den Lehrling tatsächlich einigemal die Benutzung des Sicherheitsseiles anbefohlen habe, daß der Lehrling jedoch nie darnach handeln wollte. Schließlich konnte Kobrbel auch nachweisen, daß er Tadrner nie zu einer solchen Zeugenaussage habe verleiten wollen. Der Gerichtshof sprach daher den Angeklagten in beiden Punkten der Anklage frei.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

1 Kč = 1142 Mark.

**Berlin, 30. Jänner.** (Eigenbericht.) Die Devisenkauffe dauert unvermindert an. Zum erstenmal hat die Reichsmark den Stand der polnischen Mark erreicht. Der Dollar notierte 39.650, das englische Pfund 182.043, der Schweizer Franc 7381 und die tschechische Krone 1142.

#### Ein Buch über den Achtstundentag.

Unter dem Titel „Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung“ haben die Berliner Genossen Paul Ferry und Richard Seidel im Verlag des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes ein Buch herausgegeben, das mit dem Achtstundentag beschäftigt ist. Das Erscheinen dieses Werkes ist lebhaft zu begrüßen, weil sich die Angriffe der Reaktion auf den Achtstundentag mehr und mehr die bürgerliche Nationalökonomie für den kranken Wirtschaftskörper Deutschlands keine andere Heilung kennt, als die Verlängerung der Arbeitszeit. Hat doch Sinnes umlangt ganz öffentlich die Verlängerung der Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden vertreten. Die beiden Verfasser weisen nun die volkswirtschaftliche Nützlichkeit und Notwendigkeit des Achtstundentages nach und führen dabei nicht nur die Urteile von Betriebsräten und Arbeitergewerkschaften, sondern auch von bürgerlichen Gelehrten und Unternehmern an, welche nachweisen, daß die Arbeit in der Zeit des Achtstundentages viel intensiver geworden ist und daß die Industrien derjenigen Länder, die den Achtstundentag eingeführt haben, technisch und wirtschaftlich immer den Industrien der Länder mit längerer Arbeitszeit weitaus überlegen waren. Nicht der Achtstundentag also ist schuld an dem Rückgang der Produktion in Deutschland, sondern der Raubbau an der Volkswirtschaft im Kriege und die technische Rückständigkeit der Industrie. Die Kritik, welche die Verfasser an der deutschen Wirtschaft üben, gehört zu den besten Kapiteln des Buches, ebenso die Beantwortung der Frage, was zu geschehen habe, um die deutsche Volkswirtschaft wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Wir werden auf das Buch, das ein ungemein reichhaltiges Material enthält, noch zurückkommen, machen aber schon heute insbesondere die Funktionäre der Gewerkschaften und alle übrigen Vertrauensmänner auf das interessante Werk aufmerksam, das wir ihnen wärmstens empfehlen können, nicht zuletzt deshalb, weil auch bei uns die falschen Propheten umhergehen, die den Achtstundentag für der Uebel grösstes halten und diese bedeutsame Erregung der Arbeiter nach der Revolution zu nichte machen möchten.

**Zum Bankrott der Buhstichhaber Eisenbahn.** Der Verwaltungsrat der Buhstichhaber Eisenbahn hat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung die gegenwärtige finanzielle Situation erörtert und den Beschluß gefaßt, vor allem die mit Rücksicht auf diese Situation erforderlichen Verhandlungen mit der Staatsverwaltung anzubahnen.

**Ermäßigung der Eisenbahntarife — in Oesterreich.** Vor einigen Tagen hat ein außerordentlicher Ratsversammlung stattgefunden, in dem der österreichische Verkehrsminister Dr. Odehnal mitteilte, daß sich die Bundesbahnverwaltung entschlossen hat, mit Wirksamkeit vom 15. Feber

einen neuen Personen- und Gepäcktarif einzuführen, dessen Gebührensätze gegenüber den heute in Geltung stehenden eine nicht unwesentliche Verbilligung enthalten. Die Sätze sind so gestaffelt, daß eine mit der Entfernung fortschreitende relative Verbilligung der Fahrpreise erzielt wird. Auch für den Nahverkehr wird eine Herabsetzung der Fahrpreise eintreten. Die neuen Fahrpreise dritter Klasse Personenzug werden gegenüber den demaligen auf eine Entfernung von 50 Kilometern eine Herabsetzung um 12 Prozent, bei 100 Kilom. um 13 Proz., bei 300 Kilom. um 14 Proz., bei 500 Kilom. um 17 Proz., bei 800 Kilometern um 31 Proz. erfahren. Der Schnellzugzuschlag beträgt bis 100 Kilom. 3000 öK (1.50 Kc), bei Sonn- und Feiertagsrückfahrarten wird ein 20prozentiger Nachlaß gewährt, bei ermäßigten Rückfahrarten für Entfernungen bis 300 Kilom. ein 8- bis 10prozentiger Nachlaß. Auch die Preise der Monatskarten, sowie der Arbeiterkarten werden herabgesetzt. — Damit vergleiche man nun unsere tschechische Eisenbahnverwaltung, die an den hohen Tarifen bis zur Vernichtung unserer Industrie festhält.

**Geldschwierigkeiten slowakischer Banken.** Die Kreditanstalt in Beregssatz hat, wie die „Prager Presse“ berichtet, mit Schwierigkeiten zu kämpfen. In einer außerordentlichen Sitzung wurde festgestellt, daß einzelnen Direktionsmitgliedern ein Kredit von eineinhalb Millionen Kronen gewährt wurde, der aber nicht bezahlt wurde. Auch sind in einer dieser Bank gehörigen Kasselei Unregelmäßigkeiten begangen worden. Ebenso befindet sich die Komarner Kreditanstalt in Schwierigkeiten, welche durch den großen Besitz dieser Bank an Kriegsanleihe und ungarischen Wertpapieren verschuldet sind. In Karpatenland haben sich infolge von Schwierigkeiten die Banken von Munkacs und die Bereg-Munkacser Bank fusioniert. Ebenso haben sich zwei Banken in Poprad sowie die dortige städtische Kreditanstalt mit einer Zipser Bank fusionieren wollen, um die erlittenen Schäden leichter zu ertragen, was jedoch vom Finanzministerium abgewiesen wurde. — Danach scheint im Bankwesen der Slowakei manches faul zu sein.

**Die Verwaltungskosten der Krankenhäuser und die Krankenkassen.** Unter diesem Titel brachten wir vor kurzem eine Notiz, worin wir uns dagegen gewandt haben, daß die Krankenkassen mit hohen Verpflegungskosten belastet werden, womit sich die Krankenhäuser sanieren wollen. Wie wir nun erfahren haben, ist die Herabsetzung der Verpflegungskosten in zehn Krankenhäusern bereits durchgeführt worden und wird auch in den anderen Krankenhäusern nach und nach zur Einführung gelangen. Bis Anfang März soll die bezügliche Aktion beendet sein. — Hoffentlich werden sich die maßgebenden Faktoren mit der Herabsetzung der Verpflegungskosten für die Krankenkassen beileben.

**Die Auswanderung im zweiten Vierteljahr 1922.** Die soeben erschienene Nummer 65 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ bringt interessante Daten über die Auswanderung aus der Tschechoslowakischen Republik im zweiten Vierteljahr 1922. In diesem Zeitraum wanderten im ganzen 9346 Personen aus. Von diesen waren 5846 Personen tschechoslowakischer, 2738 deutscher, 360 magyarischer, 192 russischer, 138 jüdischer, 54 polnischer und 18 einer anderen Nationalität. Von der Gesamtzahl der Auswanderer haben die Republik verlassen: dauernd 2864 Personen, zeitweilig 3556, auf Saisonarbeiten 730, auf unbestimmte Zeit 598 und ohne Angabe der beabsichtigten Aufenthaltsdauer 1598. Das Hauptziel der Mehrzahl der Auswanderer im zweiten Vierteljahr 1922 waren die Vereinigten Staaten von Amerika (3350 Personen), Deutschland (1895) und Oesterreich (1403); außerdem sind 669 Personen nach Frankreich, 486 nach dem Königreich Serbien, 315 nach Rumänien, 305 nach Amerika überhohlt der Vereinigten Staaten und 923 anderwärts ausgewandert. Die meisten Auswanderer fanden im Alter von 15 bis 24 Jahren (3765 Personen) und von 25 bis 39 Jahren (3197 Personen). Auf je 100.000 einwohnende Einwohner nach der Volkszählung entfielen im zweiten Vierteljahr 1922 Auswanderer: in Böhmen 20, in Mähren 20, in Schlesien 17, in der Slowakei 35, in der Bodarpatska Rus 16, in der ganzen Republik 23.

#### Neuenturfe.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	1370.00	1370.00
Berlin	675.00	1075.00
London	648.25	648.75
10 Lire	194.75	195.25
100 franz. Francs	311.75	213.25
1 Pfund Sterling	160.25	161.75
1 Dollar	3455.00	3495.00
100 belg. Francs	191.25	192.75
100 Dinar	30.75	31.25
100 österr. Kronen	447.50	487.50
100 poln. Mark	812.50	1312.50
100 magyar. Kronen	600.00	000.00

#### Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1370.00	1374.00
100 Mar.	675.00	1075.00
100 schwed. Franc	648.25	648.75
10 Lire	194.75	195.25
100 franz. Francs	311.75	213.25
1 Pfund Sterling	160.25	161.75
1 Dollar	3455.00	3495.00
100 belg. Francs	191.25	192.75
100 Dinar	30.75	31.25
100 österr. Kronen	447.50	487.50
100 poln. Mark	812.50	1312.50
100 magyar. Kronen	600.00	000.00

#### Züricher Schlusskurse.

	Geld	Ware
Paris	32.6200	32.7210
London	24.8200	24.8400
Berlin	0.0112	0.0130
Mailand	25.8000	25.4500
Sofia	211.25	211.75
Wien	00.7350	0.0075
Budapest	0.2000	0.2050
Brno	15.35	15.50
Prag	5.8800	5.8875
Belgrad	00.4400	00.4700
Warschau	0.0150	0.0175
Wien gef.	0.0000	0.0000

### Kunst und Wissen.

**„Baba“**, Lustspiel in drei Akten von Jiers und Caillavet. Dieses ältere Lustspiel der bekannten französischen Kompaniefirma ist ein harmloses Stück, das vermutlich schon aus dem Spielplan verschwunden wäre, wenn es nicht zwei dankbare Rollen enthielte, die des alternden Lebensmanns und des lebenslustigen Bakfisks, das an dem alten Lustlus mehr gefallen findet als an dem bitteren Jüngling. Die erstere Rolle gab Leopold Kramer ungemein lebhaft und natürlich und stellte seinen Nebenbuhler dadurch auch künstlerisch völlig in den Schatten. Den Bakfisk gab Fr. Schmidt als Gast auf Engagement, die den Vorzug der Jugend hat und sich durch ihre Munterkeit und Ungebundenheit die Herzen der Zuschauer eroberte. Sie wäre zweifellos ein Gewinn für das Ensemble. st.

**Die nächste Operettennovität „Der Günstling der Jarin“** von Robert Winterberg gelangt kommenden Sonntag zur Prager Erstaufführung.

**Heute Abschiedsvorstellung „Der blaue Vogel“.** Das russisch-deutsche Künstlerensemble, das in den letzten Tagen im Neuen deutschen Theater abendlich ein überaus zahlreiches Publikum zu Beifall hinriß, wird sich heute in einer Nachvorstellung (Beginn 10 Uhr abends) verabschieden. Für die letzte Vorstellung wurde ein ganz besonderes Programm, bestehend aus den besten Nummern, zusammengestellt und zwar: Burlesk, Time is money, Tischstuhlschick, Zwei Aneipen, Die letzte Gavotte, Abendglocken, Wanka-danka, der König rief seinen Tambour, Parade der Zinnsoldaten und Ratinf.

**Samstag-Nachvorstellung Gastspiel Vlastimil Burian, Hans Valder.** Die für Samstag 10 Uhr angelegte Nachvorstellung bringt ein ebenso reiches wie interessantes Programm. Es gelangt die tragikomische Pajjadade „Colombine“ und das Dramolette „Die Spelunke“ zur Erstaufführung. Für den heiteren Teil des Programmes wurde der Prager Komiker Vlastimil Burian, der sich diesmal mit einem durchwegs neuen Repertoire einstellen wird, sowie Hans Valder gewonnen, der dem Prager Publikum von seinem Prager Engagement her noch in bester Erinnerung ist.

**Neues Theater.** Heute, Mittwoch, Anfang halb 8 Uhr: Hauptmann „Eiga“ mit Hedda Lembac vom Breslauer Stadttheater in der Titelrolle als Gast a. E. Donnerstag: „Zauberspiele“, Dirigent Alexander Zemlinský. Samstag: „A. Trameco“ von der Wiener Staatsoper a. G. Freitag: „Rigoletto“ mit dem Gaste als Herzog. Samstag neuentstündigt: „Das Dreimäderlhaus“, abends 10 Uhr Nachvorstellung, Gastspiel Burian-Valder, „Colombine“, „Spelunke“.

**Kleine Bühne.** Heute Bankbeamtenvorstellung „Der Glanz Gottes“, morgen Ewans „Man kann nie wissen“, Freitag „Casinobas Sohn“, Samstag „Graf Festenberg“, „Erst des Lebens“, „Satans Raste“. Sonntag nachm. „Casinobas Sohn“, abends Gastspiel Dergan „Marissas halbes Herz“.

**Der wienerische Handwurst** ist das Symbol des alten Wiener Volkstums, dieses ewigen Quindborns der Lebensfreude und der Volkslust. Genosse Dr. Kleinberg spricht Freitag, den 2. Feber in einem vom Verein deutscher Arbeiter und der „Urania“ veranstalteten Vortrag über diese lebenssprühende Figur; der in Prag bestens bekannte Ernst Burmeister wird heitere Proben lesen. Viele Originallichtbilder. — Großer Uraniasaal, Freitag, 8 Uhr abends. Karten in der „Urania“ und bei Genossen Deutsch.

### Turnen und Sport.

#### Neuer Weltrekord im Segelflug.

Ueber acht Stunden in der Luft.

**Cherbourg, 30. Jänner.** (Havas.) Der französische Flieger Manchrol hat einen Weltrekord im Segelflug aufgestellt, indem er sich 8 Stunden, 2 Minuten, 34 Sekunden in der Luft erhielt. Er landete bereits in der Dunkelheit.

#### Mitteilungen aus dem Publikum.

#### Das Beste für Ihre Augen

liefert **Optiker Deutsch, Prag,**  
Graben 25, Kl. Basar.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Czernak.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

**Mann der Arbeit, aufgewacht  
Und verärke deine Kraft!  
Dein und Deiner Klasse Wohl  
Fordert: Kampf dem Alkohol!**

Arbeiter-Abstinenzbund in der tschech. Republik  
Beitrittsbedingungen an die 1400  
Ortsgruppe Groß-Prag Nr. 3, Hermanová 14.

### Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,

Tischlergasse 6, 1002  
empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckarten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugchriften, Faktoren, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Selbmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.